

Tabak-Arbeiter





Nr. 4 / Bremen, den 24. Januar 1931

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatslicher Bezugspreis 4,50 ohne Postgebühren. — Einzelnummern 50 Pf. für die wöchentlich erscheinende Mitteilungsliste. Schluss der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abends. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinands Platz 5. — Druck: Bremer Druckerei und Verlagsanstalt J. P. Schmalfeldt & Co. Schmidt in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 20, Telefon. An-Domshof 10780. Geld- und Einlieferungsstellen an Johannes Prohn, Postfach 5549 beim Postamt: Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbankgesellschaft deutscher Kontowesen in S. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A. G., Postfach Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Hufnagel, Bremen. Verbandsausführungsvorstand: L. Schöne, Hamburg, Weidenbühl 57, Zimmer Nr. 24.

Der Arbeitsmarkt im Jahre 1930

Nachdem von beiden Tabakarbeiter-Verbänden die Dezemberzahlen über die Beschäftigungszahl ihrer Mitglieder vorliegen (für den Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands haben wir sie aus der bürgerlichen Presse erfahren; in Nr. 8 des christlichen Organs waren sie noch nicht veröffentlicht), wollen wir, einer alten Gewohnheit treu bleibend, auch diesmal wieder den Leserinnen und Lesern des „Tabak-Arbeiter“ vor Augen führen, wie sich die Lage des Arbeitsmarktes in der Tabakindustrie im verflossenen Jahr entwickelt hat. Wir bedienen uns dabei des Hilfsmittels der graphischen Darstellung, weil sie am besten geeignet ist, ein klares Bild über die von einem Monat zum anderen eingetretenen Veränderungen zu gewinnen. Zur Erläuterung bemerken wir, daß die graphischen Darstellungen den Anteil widerspiegeln, den Arbeitslose, Kurzarbeiter, Vollarbeiter (48 Stunden in der Woche) und Ueberarbeiter von je 100 statistisch erfaßten Mitgliedern in den einzelnen Monaten des Jahres 1930 gehabt haben. Dabei sind Arbeitslose durch , Kurzarbeiter durch , Vollarbeiter durch  und Ueberarbeiter durch  kenntlich gemacht worden. Außerdem sind jedesmal die Hundertertzahlen mit angegeben worden, um so auch rein zahlenmäßig die Entwicklung der Lage des Arbeitsmarktes in der Tabakindustrie verfolgen zu können.

Notwendig ist dann noch, darauf hinzuweisen, daß der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands seine überarbeitenden Mitglieder nicht besonders aufgeführt hat. Sie sind auf dem Schaubild 2 mit den Vollarbeitern zusammen dargestellt. Im übrigen sei bemerkt, daß die Schaubilder 3-6, die über die Entwicklung der Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Branchen der Tabakindustrie Aufschluß geben, sich nur auf die statistisch erfaßten Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes beziehen; denn der Zentralverband christlicher Tabakarbeiter Deutschlands errechnet das Ergebnis seiner

statistischen Erhebungen nicht nach Branchen getrennt. Eine besondere Bedeutung hat das jedoch nicht, da die Mitglieder der christlichen Tabakarbeiterorganisation fast ausschließlich der Zigarrenbranche angehören und in den anderen Branchen der Tabakindustrie so gut wie gar nicht vertreten sind. Das zeigt sich auch bei einem Vergleich der Schaubilder 2 und 3. In beiden Fällen (bei den Mitgliedern der Zigarrenbranche des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes und bei den Gesamtmitgliedern des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands) verlaufen die Kurven der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit — von kleinen Schwankungen abgesehen — ungefähr gleichmäßig.

Bei einer Betrachtung der einzelnen Schaubilder fallen sofort die Verschiebungen auf, die in den letzten Monaten des Jahres 1930 durch die Einbringung und Verabschiedung der Tabaksteuervorlage verursacht worden sind. Infolge der Vorverlegung zeigt sich im November plötzlich eine Zunahme der Vollarbeiter und Ueberarbeiter und eine Verringerung der Arbeitslosen und Kurzarbeiter, wie sie auch unter Berücksichtigung einer besseren Beschäftigungsmöglichkeit wegen des Weihnachtsgeschäftes sonst nicht denkbar gewesen wäre. Diese Vorverlegung hat auch noch im Dezember angehalten; denn der sich auf den Schaubildern zeigende Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeit ist größtenteils erst nach Weihnachten eingetreten. Dabei muß angenommen werden, daß die tatsächlich geleistete Ueberarbeit in ihrem ganzen Umfange noch gar nicht statistisch erfaßt worden ist. Ein großer Teil der Tabakarbeiterschaft hat, dieser Vorwurf muß ihr gemacht werden, der Vorverlegung leider nicht den genügenden Widerstand entgegengesetzt. Die Folgen werden sich durch eine längere Dauer der Arbeitslosigkeit noch bemerkbar machen. In wie geradezu unverantwortlicher Weise nicht wenige Unternehmer darauf losarbeiten lassen haben, zeigt wohl am besten die Tatsache, daß die Zahl der Unfallanzeigen bei der Tabak-Verufsgenossenschaft, die in den ersten 11 Monaten des

1. Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jahresdurchschnitt																																							
17,78	22,01	55,47	4,74	19,01	25,60	52,61	2,78	21,25	21,46	54,78	2,51	20,25	22,14	54,80	2,81	19,46	20,77	56,53	3,24	18,40	20,36	58,48	2,78	19,01	26,72	51,42	2,85	16,91	32,11	47,78	3,17	17,35	27,52	51,67	3,46	17,32	20,80	48,12	3,67	9,74	4,90	62,63	22,73	43,90	10,73	34,64	11,78	19,85	21,90	52,53	5,53

2. Zentralverband christlicher Tabakarbeiter

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Jahresdurchschnitt																										
11,1	20,9	68,0	11,7	25,7	62,6	14,7	35,2	50,1	17,5	35,3	47,2	16,5	31,3	52,2	18,6	34,9	51,5	14,1	30,8	55,1	13,3	22,6	54,1	12,2	30,7	57,1	11,3	28,3	62,4	4,7	6,2	89,1	73,3	3,5	23,2	18,1	25,9	56,0

Verbandsleben



Gau- und Zahlstellenberichte

Gaukonferenz für Schlesien

Am 11. Januar fand im Gewerkschaftshaus zu Breslau für Schlesien eine Gaukonferenz statt, welche von 49 Delegierten und einer größeren Anzahl Gäste besucht war. Nach Vortrag einiger schöner Lieder durch die Arbeiterfänger eröffnete Gauleiter Kollege Emanuel Langner (Breslau) die Konferenz, in deren Leitung die Kollegen Emanuel Langner, Heinrich Nowak (Breslau) als Vorsitzende und Kollege Reinhard Baumhardt (Oppeln) als Schriftführer gewählt wurden. Des ferneren bestellte die Konferenz noch eine Mandatsprüfungskommission. Zum 1. Punkt der Tagesordnung berichtete Kollege Langner über die Tätigkeit im Jahre 1930. Dem Bericht war zu entnehmen, daß auch der Gau Schlesten schwer unter Krisenerscheinungen zu leiden hatte und hat. Durch die Lahmlegung der Zigarettenindustrie in Breslau allein sind über 500 Kollegen arbeitslos geworden, ohne Aussicht, in der Industrie wieder unterzukommen. In Verbindung damit berichtete Kollege Langner, welcher langen und zähen Arbeit es bedurfte, um diesen Kollegen die ihnen zustehende Unterstüttung zu sichern. Auch in der Zigarettenindustrie hand und steht es mit der Beschäftigungsmöglichkeit sehr schlecht. Insbesondere in letzter Zeit ist durch die Betriebsstillegungen (infolge der Tabaksteuererhöhung) der größte Teil der Mitglieder entweder arbeitslos geworden oder arbeitet kurz. Nach den eingegangenen Berichten zeigte es sich auch hier schon, daß sehr viel zu tun sein werde, um allen Mitgliedern zu ihrem Rechte bei der Sonderunterstützung zu verhelfen. Der weitere Bericht zeigte, wieviel Werte den Mitgliedern im allgemeinen durch die Tätigkeit der Gauleitung und der Funktionäre erhalten werden konnten, die alle verloren gegangen wären, wenn die Kollegen nicht im Deutschen Tabakarbeiter-Verband organisiert gewesen wären. Kollege Langner forderte die Konferenzteilnehmer auf, ihn auch in Zukunft tatkräftig zu unterstützen und stets darauf bedacht zu sein, auch die noch fernstehenden Tabakarbeiter unserem Verbande zuzuführen. Nach dem Bericht des Kollegen Langner sprach Kollege Kiel über „Die Wirtschaftslage in der Tabakindustrie“ und in Verbindung damit über die Verordnungen über Entschädigung arbeitsloser bzw. verdienstgeschädigter Tabakarbeiter infolge der neuen Tabaksteuer“. Redner entwickelte ein Bild von der Lage im Tabakgewerbe, machte dabei auf das Eindringen der Maschine in die Zigarettenindustrie aufmerksam und sagte, daß es seinen Zweck habe, dagegen anzukämpfen, wohl aber müsse dieser Entwicklung die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden im Interesse der in der Zigarettenindustrie beschäftigten Mitglieder. Ausführlich ging Kollege Kiel auf das Zustandekommen der letzten Tabaksteuererhöhung ein und zeigte, daß der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes alles getan habe, um das größte Unheil von den Tabakarbeitern abzuhalten, vor allem aber auch (nachdem es sich gezeigt habe, daß die Tabaksteuererhöhung nicht ganz zu verhindern war), um den Tabakarbeitern eine ausreichende Unterstützung seitens des Staates zu sichern. Wenn den Tabakarbeitern beim Vorliegen der Voraussetzungen im Falle der Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit jetzt auf die Dauer von 312 Arbeitstagen 75 Prozent des entgangenen Verdienstes als Unterstützung gezahlt werden müsse, so sei das vor allem der Tätigkeit des Vorstandes zu verdanken. Der Referent ging dann auf die Verordnung selbst näher ein und zeigte an Hand von Beispielen die Auswirkung der einzelnen Bestimmungen. Im Rahmen des Referats begründete Kollege Kiel auch die Stellungnahme der Verbandsinstanzen zur Beitragsleistung und zur Verbandsunterstützung während des Bezuges von Sonderunterstützung. Redner schloß seine mit Beifall aufgenommenen vortrefflichen Ausführungen mit der Aufforderung, die Mitglieder über alles aufzuklären. Er sei gewiß, daß die Mitglieder anerkennen, daß die Tätigkeit des Verbandsvorstandes ausschließlich darauf gerichtet war und ist, ihre Interessen zu wahren. Nach einer regen, aber durchaus sachlichen Diskussion, an welcher sich eine große Anzahl Delegierter beteiligte, und woraus vor allen Dingen hervorging, daß es eine Anzahl Arbeitsämter gibt, die bei der Durchführung der Sonderunterstützung allerlei Schwierigkeiten bereiten und die Unterstützung trotz rechtzeitiger Anmeldung erst nach 3 bis 4 Wochen zur Verfügung bringen und nachdem Koll. Langner bekanntgegeben hatte, welche Schritte er unternommen habe, damit u. a. auch die geschädigten Familienangehörigen bei den Arbeitsämtern beseitigt würden, kam folgende Entschließung zur Annahme:

„Die heute in Breslau tagende Gaukonferenz, welche von allen Zahlstellen des Gaus durch Delegierte vertreten ist, erklärt nach einem Vortrag des Kollegen Kiel vom Verbandsvorstand, daß die Maßnahmen, die die Verbandsinstanzen in betreff Nichtzahlung von Arbeitslosenunterstützung und Zahlung der Beiträge während der Zeit des Bezuges der Unterstützung in Höhe von 75 Prozent, eine Notwendigkeit waren, um die Existenz der Organisation nicht zu gefährden. Weiter verpflichten sich die Delegierten, alles daranzusetzen, daß die noch fernstehenden Kolleginnen und Kollegen der Organisation zugeführt werden.“

Bei der Wahl der Mitglieder zum Bezirkschiedsgericht (Zigarettenherstellung) wurden die Kollegen Amst (Breslau), Robert Kaschik

(Trebniß) als ordentliche und die Kollegen Theodor Langner (Breslau) und Anna Langner (Dhlay) als Ersatzvertreter einstimmig gewählt. Unter Verschiedenes dankte Gauleiter, Kollege Langner, dem Kollegen Alfred Kiel, als Vertreter des Vorstandes, im Namen der Konferenz herzlich für sein Erscheinen und für seine vortrefflichen Ausführungen. Des weiteren gedachte Kollege Langner mit ehrenden und herzlichen Worten der Jubilare, der Kollegen Clement, Husung, Krohn und Klein, anlässlich ihres 25jährigen Dienstjubiläums als Gauleiter und Vorstandsmitglieder. Diese Ehrung fand seitens der Konferenzteilnehmer lebhaftige Zustimmung. Nach Erledigung einiger Anfragen ufm. sprach Kollege Nowak (Breslau) noch einige treffliche und anfeuernde Worte. Mit einem kräftigen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband wurde die glänzend verlaufene Konferenz geschlossen.

Burgdamm. Am 11. Januar hielten wir unsere Generalversammlung bei Stelter ab. Vom 1. Bevollmächtigten wurde die Abrechnung vom 4. Quartal verlesen sowie der Jahresbericht gegeben. Die Revisoren erklärten, alles in Ordnung befunden zu haben und beantragten Entlastung, welche dann auch einstimmig erfolgte. In die Zahlstellenverwaltung wurden gewählt: 1. Bevollmächtigter Johannes Bolljes, 2. Johann Bränjes und 3. Georg Rathjen, Revisoren wurden Ferdinand Blanke und Claus Grahl, Kartelldelegierte Theodor Thyll und Heinrich Cronau.

Hanau. Unsere Zahlstelle hatte auf den 5. Januar eine Versammlung der Orte Groß-Steinheim, Klein-Steinheim und Klein-Muheim, nach Groß-Steinheim einberufen. Die Versammlung hatte einen starken Besuch aufzuweisen, wir hatten in dem Bezirk schon lange keine so große Versammlung, ein gutes Zeichen für die Zukunft. Kollege Ackermann (Hanau) referierte über die Sonderunterstützung im Tabakgewerbe. Er behandelte eingehend die gesetzlichen Bestimmungen und zeigte an Beispielen, welche Mängel den einzelnen Bestimmungen noch anhaften, was aber im Spruchverfahren geklärt werden müsse. Sollten sich bei dem Verfahren Schwierigkeiten ergeben, müssen die Kolleginnen und Kollegen dies der Organisation melden. Eine Anzahl Kolleginnen und Kollegen stellten Anfragen, die der Referent in sachverständiger Weise beantwortete. Soweit noch Unorganisierte in diesem Bezirk in Frage kommen, sollten sie sich unverzüglich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anschließen, ehe es zu spät ist. Anschließend behandelte Kollege Ackermann die Lage der Zigarettenindustrie im Jahre 1931. Man könnte überall die Beobachtung machen, daß auch die Unternehmer die Lohnquote nach unten senken wollten. Wenn man auf der anderen Seite den Arbeitern glaubhaft machen will, daß ein Preisabbau in der Lebensmittellage erfolgen solle, so reden die realen Tatsachen eine andere Sprache. Wenn in den nächsten Wochen in den einzelnen Betrieben von den Unternehmern der Versuch gemacht werden sollte, billiger arbeiten zu lassen, so müssen wir dem ganz entschieden entgegen treten. Den Beschluß des Vorstandes und Beirates, wonach für die entlassenen Kolleginnen und Kollegen keine Erwerbslosenunterstützung aus Verbandsmitteln gezahlt wird, können wir verstehen und aus finanzpolitischen Gründen nur zustimmen. In der Diskussion stellte Kollege Simon folgendes fest: Alle Finanzminister des Reiches, der Länder und Gemeinden sind zurzeit damit beschäftigt, ihren Haushalt in Ordnung zu bringen, er bitte die Kolleginnen als Finanzminister ihrer Familie, ebenfalls danach zu trachten, Einnahmen und Ausgaben miteinander auszugleichen. Zum Schluß richtete der Vorsitzende an die Kolleginnen und Kollegen den Appell, zu jeder Zeit und Stunde dem Rufe der Organisationsleitung Folge zu leisten.

Magdeburg. In der am 10. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Kassierer Kollege Wille den Kassenbericht vom 4. Quartal 1930. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 1306,48 M., die Ausgabe 1303,70 M. Somit bleibt ein Barbestand von 2,78 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2590,43 M. und eine Ausgabe von 2440,75 M., so daß ein Barbestand von 149,68 M. bleibt. Am Schlusse des Jahres zählten wir einen Mitgliederbestand von 171. Auf Antrag des Kollegen Winkler wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Anschließend wurde vom Vorsitzenden Kollegen Lüdge der Jahresbericht gegeben, woraus zu ersehen war, daß Verwaltung wie Funktionäre ihre Pflichten voll und ganz erfüllt haben. Durch die Herabsetzung der geplanten Tabaksteuererhöhung ist erwiesen, daß die Proteste nicht nutzlos gewesen sind. Die bisherige Ortsverwaltung, 1. Bevollmächtigter Karl Lüdge, 2. Erich Wille, und 3. Wilhelm Küster, wurde wiedergewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Gerhard Winkler und Ernst Kodeschau, als Ortsauschussdelegierte Otto Kohl und Georg Demuth, letzterer als Ersatzmann, gewählt. Alsdann sprach Kollege Lüdge über Schritte und Wege zugunsten der arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter und erwähnt hierbei, daß das Arbeitsamt Magdeburg doch ziemlich bürokratisch vorgeht, denn bisher bezieht noch nicht ein einziger Tabakarbeiter die ihm nach der Notverordnung zustehende Zollunterstützung, wo doch noch „berechtigte“ Arbeitslose vom Dezember vorhanden sind. Die Kolleginnen und Kollegen, welche auf dem Arbeitsamt, beziehungsweise Zollamt unberechtigt abgewiesen werden, sollen sich bei der Verwaltung melden, welche schon jetzt versucht, die Sache zu beschleunigen. Hierzu sprachen noch mehrere Kollegen. Einige von ihnen konnten sich

mit der Maßnahme des Hauptverbandes betreffs Nichtzahlung von Erwerbslosenunterstützung nicht befreunden. Nach längerer Debatte und Erledigung örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Kostof. Die am 10. Januar im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung erledigte zunächst die Jahresabrechnung und Vorstandswahl. Es wurden wiedergewählt: Wilhelm Krüger als 1., Wilhelm Manthl als 2. und Ewald Harder als 3. Bevollmächtigter; als Revisoren Johann Kaiser und Alfred Sener. Im Punkt Verschiedenes kam der Beschluß vom Vorstand, Beirat und Gauleiter zur Ausprache. Die Mitglieder der Zahlstelle Kostof stellen den Antrag, ob es nicht möglich ist, wenn ein Mitglied durch die Steuer arbeitslos oder kurzarbeiter geworden ist, daß die Beiträge nach unseren Einnahmen oder Verdienst, also 75 v. H., berechnet werden, wobei wir die Rechte unserer bisher bezahlten Beiträge behalten wollen. Die Versammlung hat den Beschluß des Vorstandes, Beirates und der Gauleiter als eine Härte empfunden, da die Mitglieder keine Unterstützung haben und volle Beiträge zahlen sollen. Es ist nicht von den Mitgliedern zu verlangen, daß sie mit solchem Maß behandelt werden, denn so enorm ist doch bei der Steuer das Einkommen nicht. Wir erkennen die kritische Lage des Verbandes an, wir wollen aber eine Gerechtigkeit und hoffen, daß unser Antrag am allgemeinen berücksichtigt wird.

Anmerkung der Redaktion: So wie die Kollegenchaft in Kostof sich die Sache denkt, geht es nun auch nicht; denn nach dem Verbandsstatut ist jedes Mitglied verpflichtet, Beiträge in der seinem Verdienst entsprechenden Beitragsklasse zu entrichten. Wer während des Bezuges von Sonderunterstützung niedrigere Beiträge zahlt, erhält bei Krankheit und späterer Arbeitslosigkeit auch nur eine dementsprechend niedrigere Unterstützung, weil die Erwerbslosenunterstützung nach dem niedrigsten Hauptklassenbeitrag berechnet wird, der in den letzten 26 Wochen vor dem Unterstützungsfall gezahlt worden ist. Aus diesem Grunde kann nur allen Verbandsmitgliedern, die sich vor Schaden bewahren wollen, empfohlen werden, während des Bezuges von Sonderunterstützung die bisherigen Beiträge regelmäßig weiterzuzahlen.

Spenge. Nachdem die Firma L. Engelhardt & Biermann ihre Filialen in der Umgegend (Venzinghausen, Häger, Wallenbrück, St. Annen, Groß-Möhen, Klein-Möhen, Hüder, Westererger und Ködinghausen) sämtlich eingezogen hatte, ist nunmehr auch die Zentrale in Spenge eingegangen. Die Arbeiter, es waren wohl noch an 40 Mann, haben am 6. Januar die letzte Arbeit verrichtet. Die Firma hat ihren Sitz in Bremen und ist im Jahre 1866 nach Spenge gekommen, ist also 64 Jahre hier ansässig gewesen, und hat schon über 1000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt. Niemand in Spenge hätte daran gedacht, daß diese große Firma auch mal ihre Betriebe schließen würde. Nun ist es Tatsache geworden. Die Arbeiter sollten lernen, daß alles vergänglich ist in dieser Welt. Auch das jetzige Wirtschaftssystem ist vergänglich und muß durch ein anderes ersetzt werden, den Sozialismus. Alle sollten kräftig mitarbeiten, daß er bald kommt.

Am 9. Januar fand beim Gastwirt Schröder eine gut besuchte Tabakarbeiterversammlung statt, um Stellung zu den Maßnahmen des Vorstandes zu nehmen. Nachdem Koll. Brinkmann das Schreiben des Vorstandes verlesen und mit fernigen Worten die Stellung desselben begründet hatte, wurde die Sache zur Diskussion gestellt. Alle Redner verkanteten nicht den Ernst der Zeit und erklärten sich auch bereit, die Beiträge weiter zu zahlen, um so für die bevorstehenden Kämpfe gerüstet zu sein, natürlich unter gewissen Bedingungen. Ein Antrag des Kollegen Mauter, monat allen Angestellten während dieser Periode die Gehälter um 25 Prozent gekürzt werden sollen, denn dieses Opfer müsse verlangt werden, da ja auch die Tabakarbeiterkraft trotz 25 Prozent Verdienstausschlag Opfer bringen müsse, fand Annahme. Dagegen wurde ein Antrag des Kollegen Sewing: „Bevor Beiträge weitergezahlt werden, soll der Vorstand Richtlinien über die Kampfmaßnahmen zu den bevorstehenden Lohnkämpfen herausgeben mit der Garantie, daß an diesen Richtlinien festgehalten wird“, abgelehnt. Zum Schluß forderte Kollege Mäster die Mitglieder auf, eintrig denn je zu sein.

Anmerkung der Redaktion: In aller Freundlichkeit möchten wir der Kollegenchaft in Spenge sagen, daß es bisher im Deutschen Tabakarbeiter-Verband nicht üblich war, die Durchführung irgendwelcher Beschlüsse von Bedingungen abhängig zu machen, und daß es auch in Zukunft so bleiben sollte. Sind schon einmal von den dazu berufenen Verbandsinstanzen rechtsgültige Beschlüsse gefaßt worden, dann müssen sie auch von allen Zahlstellen und Mitgliedern ohne „gewisse Bedingungen“ durchgeführt werden. Zu dem von der Zahlstelle Spenge angenommenen Antrag des Kollegen Mauter möchten wir nur bemerken, daß er offene Türen einrennt; denn die Angestellten des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes bringen bereits seit längerer Zeit die gewünschten Opfer, ohne großes Aufheben davon zu machen. So haben sie auf eine ihnen nach den Verbandstagsbeschlüssen zustehende Gehaltserhöhung von rund 10 v. H. verzichtet und zahlen außerdem einen Zigarrenbeitrag, der 10-20 v. H. ihres Gehaltes ausmacht. Die den Zahlstellen gegebenen Zuschüsse zur Weihnachtsunterstützung sind zum Teil von diesen Zigarrenbeiträgen der Angestellten bestritten worden, so daß der Antrag der Zahlstelle Spenge reichlich post festum kommt.

Schneiz. Am 3. Januar fand wiederum eine stark besuchte Mitgliederversammlung im Ratskeller statt, in welcher Kollege Domeyer (Dresden) über die Ausführungsbestimmungen und deren Auslegung referierte. Gleichzeitig streifte er die dazu gehörigen Bestimmungen im Arbeitslosen- und Arbeitsvermittlungsgesetz. Zum Schluß seiner Ausführungen begründete Kollege Domeyer den berechtigten Beschluß der Verbandsinstanzen. An der zeitweilig ersonnenen Ausprache beteiligten sich die Kollegen Wandlerich, Schreyer, Scherzer, Spranger,

Zoreng, M. Meißel und der Vorsitzende. Verschiedene Anträge des Vorstandesbeschlusses als unrichtig hin und verlangten Grund ihrer Beitragsleistung Verhandsumprüfung. Auch wurden verschiedene Anträge hierzu gestellt. Kollege Domeyer ging im Schlußwort auf die gestellten Anträge und einzelnen Ausführungen. Kollege Fider gab noch bekannt, daß die Verwaltung alles unternehme, um so bald wie möglich zu erreichen, daß die Sonderunterstützung zur Auszahlung komme. Mit dem Arbeitsamt wurde schon mehrere Mal verhandelt, doch fehlten diesem noch die nötigen Anweisungen. Kollege Domeyer betonte noch, daß es nur dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband zu verdanken sei, wenn es eine so günstige Sonderunterstützung gebe. Deshalb gelte es, nicht zu schimpfen, sondern den Verband stärken, denn noch nicht alle Mitglieder hätten ihre Pflicht gegenüber der Gewerkschaft getan. Nachdem Kollege Fider noch einige Anträge beantwortet hatte, schloß er die zum Teil sehr unruhig verlaufene Versammlung.

Bekanntmachungen

Am 24. Januar ist der 4. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

7. Januar. Hartha 650.—
 8. Hannover 1175.40, Gera 130.—, München 1000.—, Helmhäusen 367.55.
 9. Danabild 350.—, Fürstentagen 69.20, Lübbchen 40.—, Gremühlen 20.—, Spradow 200.—, Ederförde 22.—, Blotho 312. Zerbit 91.65, Unterhennriet 65.50.
 10. Braunsberg 258.—, Wittweida 298.85, Bredstedt 300.85, Geringswalde 150.—, Altklühheim 167.75, Waldangeloch 30.65, Mühlhausen I. 20.—, Wiesbaden 60.—, Bochum 10.—, Sonneborn 50.—, Dresden 600.—, Frankenheim 25.—
 12. Frankenhäusen 175.—, Marburg 127.60, Barntrup 33.75, Bmsteinfurt 859.—, Schweidnitz 2.95, Leipzig 1000.—, Witzingerode 101, Frankfurt a. M. 50.—, Schwab.-Hall 54.10, Briebel 98.—, Rhegdt 87, Tangermünde 42.—, Potsdam 20.—, Massenbachhausen 44.45, Hühorn 28.90, Zwidau 114.95, Plauen 241.30, Unterrieden 288.30, Oberh. 88.60, Gertenbach 88.45, Hundelshausen 142.20, Buttstädt 54.—, Ralhausen 1000.—, Spremberg 153.50, Gailingen 76.20, Bamberg 100.—
 13. Trebnitz 86.35, Eisenberg 8.05, Oberndorf 700.—, Eißenberg 341, Gr.-Rhöden 121.15, Helmarshausen 6.50, Kalbe 41.74, Brud 70.—
 14. Ober-Runnerdorf 165.—, Langwedel 300.—, Zeitz 40.—, Epen 250.—, Raschhausen 89.90, Kinteln 39.30, Neues 24.85, Bentorf 70, Trier 400.—, Dahme 600.—, Danzig 100.—, Jüterbog 40.55, Posen 25.—, Bünde 1000.—
 15. Gießen 300.—, Bruchsal 324.03, Kälzheim 82.10, Koblenz 1031, Freden 63.25, Schmöln 80.—, Würzburg 300.—, Hess.-Lichtenau 1991, Barel 75.—
 16. Heppenheim 105.—, Kirchardt 300.—, Scharbed 100.—, Galberg 200.—, Döbeln 1300.—, Lorch 150.—, Hagnau 8.25.
 17. Bremen 400.—, Nordhausen 1200.—, Neuentfingen 95.65, Gobrau 12.95, Meißen 32.—, Eilenach 228.60, Hildorf 53.95, Wunzschau 90.—
 Bremen, den 21. Januar 1931. J. Krohn

Um Aufenthaltangabe wird ersucht

Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrenarbeiter Otto Gloede, geb. 19. 1. 77 in Pafewalk, befindet, werden ersucht, sich Adresse dem Kollegen Max Fider in Schönedt i. Vogtl., Falkenstein Straße 6, mitzuteilen.

Briefkasten. Um den Raum des „Tabak-Arbeiter“ für Aufsammlungsberichte nicht übermäßig in Anspruch zu nehmen, mußten die meisten Berichte gekürzt werden. Verloren ist damit aber nicht über, die für und gegen die Beschlüsse der Verbandsinstanzen angeführten Gründe fast überall die gleichen sind. Außerdem mußten noch einige Berichte zurückgestellt werden.

Umständehalber mußte der Versand dieser Nummer der Verbandszeitung einen Tag später als gewöhnlich erfolgen.

Gibt ausgelesene
„Tabak-Arbeiter“
 an unorganisierte Kollegen
 und Kolleginnen weiter!

Gummwaren Hygien Artikel Preis T 2 gratis. „Medig“ Berlin SW 68. Alte Jacobsstraße 8.

Organisationsangestellter gesucht

Für die Zahlstelle Eger i. B. wird zum 1. März ein Angestellter gesucht, der mit dem Statut des Verbandes, den Bestimmungen der Tarifverträge für die Tabakindustrie vertraut ist und die sozialpolitische Gesetzgebung beherrscht. Bewerbungen sind bis spätestens den 5. Februar bei dem Gauleiter Wilhelm Vorchard, Herford, Graf-Kantig-Str. 35, einzureichen.

Die Arbeitsdienstpflicht ist erledigt!

Die Tatsache, daß das Reichsarbeitsministerium zum 12. Januar d. J. eine Konferenz zur Besprechung der Forderung nach Einführung der Arbeitsdienstpflicht einberufen hatte, erweckte in der Öffentlichkeit verschiedentlich den Eindruck, als ob man an verantwortlichen Regierungsstellen die Durchführung dieser Pläne ernsthaft in Erwägung gezogen habe. Es war deshalb notwendig zur Klärung der Situation, daß Staatssekretär Geib bei der Eröffnung der Konferenz — zu der die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände sowie verschiedene sachverständige Persönlichkeiten geladen waren — erklärte, daß die Einberufung dieser Konferenz keineswegs eine Änderung in der Stellung des R.A.M. zur Frage der Arbeitsdienstpflicht bedeute. Auch die in der Presse wiederholt angeführten Betrachtungen über einen Zusammenhang zwischen der Rede des Reichsfinanzministers Dietrich zur Arbeitslosenfrage und dem Stattfinden dieser Besprechung seien gegenstandslos.

Ministerialrat Dr. Lehfeldt hatte es übernommen, der Konferenz zu zeigen, welche Fragen bei der Durchführung der Arbeitsdienstpflicht nach den vorliegenden, verschiedenen Projekten zu lösen wären. Aus der Fülle der Überlegungen, die sich dem objektiven Bearbeiter ergaben, seien nur die wesentlichsten herausgehoben. Alle Befürworter haben denselben Ausgangspunkt: die Arbeitslosigkeit. Sie wollen durch den Arbeitsdienst Fürsorge für die jüngeren Arbeitslosen erreichen und damit gleichzeitig Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer freimachen. Die Dauer des Arbeitsdienstes schwankt nach den verschiedenen Plänen zwischen 1 und 2½ Jahren. Der Antrag der Wirtschaftspartei unterstellt nur die männlichen Deutschen im Alter von 18 bis 25 Jahren der Arbeitsdienstpflicht, während andere Projekte auch die Frauen erfassen wollen. Schwierigkeiten sah der Referent in verschiedener Hinsicht. Da man sich einig ist, daß nur gemeinnützige Arbeit und auch nur solche zusätzlichen Charakters — die also normalerweise im freien Arbeitsverhältnis nicht ausgeführt werden könnte — geleistet werden darf, dürften nur wenig geeignete Arbeiten zu finden sein. Das Wesen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise besteht ja darin, daß für die zu große Produktion ungenügender Absatz vorhanden ist. Wohin soll man also mit der zu mobilisierenden zusätzlichen Arbeitskraft. Am eindrucksvollsten war aber die Feststellung, daß die einen ganzen Jahrgang — also rund eine Million — umfassende Arbeitsarmee etwa 200 000 Menschen als Angestellte für die Aufgaben

des Unterrichts, der Arbeitsleitung, Organisation, Verwaltung usw. benötigen würde. Finanziell würde dieser Umstand dazu beitragen, daß an Kosten für jeden Arbeitstag sich pro Beschäftigten 18 bis 20 RM. ergeben würden, da ja auch die Aufwendungen für Arbeitsmaterial, Werkzeug, Maschinen usw. zu berücksichtigen sind. Welche wirtschaftlichen Werte gegenüber den aufzubringenden Milliarden erarbeitet werden könnten, ist überhaupt nicht zu berechnen, denn hierzu weiß man nur eins positiv: jede Zwangsarbeit bringt erheblich weniger Ertrag als eine freiwillig geleistete Arbeit.

Die Aussprache ergab eine völlig einmütige Haltung in der Ablehnung des Arbeitsdienst-Gedankens. Für die Gewerkschaften erklärte Kollege Grafmann, daß die Arbeiter die Arbeitsdienstpflicht grundsätzlich ablehnen und die vorliegenden Pläne auf ihre Einführung mit aller Leidenschaftlichkeit bekämpfen. Erst ziemlich zum Schluß der Aussprache bekannte sich Herr Sachsenberg von der Wirtschaftspartei zu dem Antrag seiner Fraktion, ohne eigentlich mehr zu sagen, als man möge doch einen Unterausschuß einsetzen, der vor allem die Kostenfrage durcharbeitet. Demgegenüber wurde von gewerkschaftlicher Seite unter Zustimmung der Arbeitgeber erklärt, daß eine Weiterberatung gar keinen Sinn habe, daß es aber notwendig sei, die Öffentlichkeit ganz eindeutig zu unterrichten. Auch von der Regierung müsse erwartet werden, daß sie klar Stellung nimmt und ihre Stellungnahme bekannt gibt.

Der Leiter der Verhandlungen konnte als Ergebnis nur feststellen, daß der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht abgelehnt werde und daß eine Fortführung der Aussprache nicht in Frage komme.

Anschließend kam das Thema „Freiwilliger Arbeitsdienst“ zur Erörterung, wobei sich ergab, daß jeder etwas anderes darunter versteht. Die Befürworter der Arbeitsdienstpflicht — die in der Mehrzahl die Durchführung ihrer Pläne erst im „Dritten Reich“ für möglich halten — verstehen darunter vorbereitende, verlockende Maßnahmen, wie sie seit einigen Jahren z. B. von den Armanen unternommen werden, um freiwillige Arbeitskräfte für die Landwirtschaft als Ersatz für Ausländer zu gewinnen. Präsident Syrup von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung konnte dabei mitteilen, daß in Verbindung mit diesem sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst der Gedanke ausgesprochen werde, diejenigen, die ein freiwilliges Arbeitsdienstjahr absolviert haben, bevorzugt bei der Arbeitsvermittlung zu behandeln bzw. sie in

Fusel

IV. Erzählung von Anna Mosegaard

Eines Tages, Rückmann hatte gerade wieder einen Straßenauslauf verurteilt, er hatte auf offener Straße eine Wahrsagerin verprügelt, weil sie ihm nicht sagen konnte, wo sein Hut verblieben war. Er war ihm vom Kopf gefallen, und von einem Schuljungen mit dem Fuß fortgeschleudert worden, da war gerade die Kartenschlägerin, die er gut kannte, weil er sie in seinem Dufel und Aberglauben, der vielen Alkoholikern eigen ist, aufgesucht, aus dem Hause getreten. Und nun wollte sie nicht einmal wissen, wo sein Hut war, und eine Wahrsagerin sein. Naturgetreu wurde dieser Vorgang von den Kindern wiedergegeben. Der Franz selbst markierte den Voltzisten, der Rückmann abführte. Da ging ein etwa zwölfjähriger Knabe und sein um zwei Jahre jüngerer Schwesterchen vorüber, die blieben stehen, sahen der Szene zu, und setzten den Franz zurecht: „Schäm dich Franz, es ist doch dein Vater“, sagte der Knabe.

Erst wollte Franz dem Jungen eins auswischen, da aber sah er, daß es Fritz und Emma Lüders waren, also Hausgenossen. Die Kinder des Zigarrenmachers, der ihm stets Respekt einbrachte. Er besann sich kurz, ließ die johrende Rotte im Stich und ging heim mit ihnen. Seit dem Tage machte Franz Rückmann nicht mehr mit. Mochten sie ihn quälen, er verbiß tapfer den Schmerz.

In Fritz Lüders hatte er einen lieben Spielkameraden gefunden. Viele Stunden verbrachte er jetzt bei Lüders.

Wie ganz anders war es da als daheim. Da gabs weder Schnapsflasche noch Bierglas, trotzdem oft Arbeitskollegen von Lüders zu Besuch kamen. Da wurden nicht einmal Karten gespielt. Nur viel gelesen.

Sogar die Kinder hatten ihre Zeitschrift. Und die kleine Emma, wie las sie rein und fließend daraus vor. Franz wurde nie müde, dem kleinen Mädchen zu lauschen. Ein kleines Gedicht „Zuruf“ konnte er nie vergessen. Wie die kleine Emma das auch gesprochen hatte:

Alles kann sich umgestalten!
Mag das dunkle Schicksal walten.
Mutig! Auf der steilen Bahn!
Trau dem Glücke! Trau den Göttern!
Steig trotz Wogendrang und Wetter,
kühn wie Cäsar in den Kahn.

Daß den Schwächling angstvoll zagen!
Wer um Hohes kämpft, muß wagen!
Leben gelt' es oder Tod.
Daß die Woge donnernd branden!
Nur bleib' immer, magst du landen
oder scheitern, selbst Pilot!

Unmählich vergaß Franz fast sein Heim mit allen Widernissen; gehörte er doch ganz zur Familie Lüders. Selbst die Mutter schien froh darüber zu sein. Hatte er doch bemerkt, wie die Mutter und Frau Lüders enge Freundschaft geschlossen,

ihren Arbeitsstellen besonders zu sichern. Für die Gewerkschaften lehnte Kollege Maschke solchen Gedanken aufs schärfste ab und betonte, daß es doch völlig unangebracht sei, sich mit irgendwelchen völlig ungeklärten Projekten wie dem freiwilligen Arbeitsdienst zu beschäftigen, wenn es heute nicht einmal möglich sei, die notwendigsten Fürsorgemaßnahmen für die erwerbslosen Jugendlichen, soweit sie noch berufsschulpflichtig sind, durchzuführen, da es überall an Mitteln fehle. Wer für die arbeitslosen Jugendlichen etwas tun wolle, der müsse bei allen verantwortlichen Stellen dafür eintreten, daß die von den Arbeitsärtern, der Jugendpflege, den Berufsschulen und den Organisationen eingeleitete Fürsorge für die erwerbslose Jugend finanziell sichergestellt werde.

Diesen Ausführungen stimmte die Konferenz einmütig zu, so daß sie wenigstens ein positives Ergebnis zu verzeichnen hatte.

Die gewerkschaftliche Organisationsmacht in Deutschland

Nach Karl Marx sind die Gewerkschaften, „ohne daß sie sich dessen bewußt sind, zu Brennpunkten der Organisation der Arbeiterklasse geworden, wie die mittelalterlichen Municipalitäten und Gemeinden es für die Bourgeoisie geworden waren.“ Von diesem Blickpunkt ausgehend, wollen wir einmal diese gewaltige Massenbewegung und ihre Ausdehnung in Deutschland an Hand des kürzlich erschienenen Jahrbuches der Berufsverbände betrachten. In diesem Jahrbuch, wo die Hunderte von Organisationen der Unternehmer, Arbeiter, Beamten, freien Berufe verzeichnet sind, spiegelt sich das organisatorische Ringen um Macht und Einfluß wider.

Anfang 1929 waren in Deutschland rund 17 Millionen Arbeiter und Angestellte gegen Arbeitslosigkeit versichert. Die Gesamtzahl der in sogenannten Arbeitnehmerverbänden organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten betrug zu der gleichen Zeit rund 9 Millionen. Es entfallen zwei Drittel auf die Arbeiter und der Rest auf Angestellte und Beamte. Gegenüber der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten bedeuten die 7,48 Millionen organisierten Arbeiter und Angestellten 44 v. H. Wenn wir von den übrigen 56 v. H. 20 v. H. abziehen, die für eine gewerkschaftliche Organisation nicht in Frage kommen, verbleiben immerhin 35 bis 40 v. H. Hand- und Kopfarbeiter, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören. Hieraus ist zu ersehen, wie außerordentlich groß das Organisationsfeld der Gewerkschaften noch ist. Ein Rundgang durch den Bau der Gesamtbewegung bestätigt, daß die weitaus größte Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter den freien Gewerkschaften angehören. Dies stellt auch das Jahrbuch mit folgendem Satz fest: „Unter den Organisationsgruppen stehen die freigewerkschaftlichen Arbeiterverbände weitaus voran.“ Umfang und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Organisiert waren Anfang 1929	Männliche Arbeiter	Weibliche Arbeiter	Insgesamt	von 10 waren m.
freigewerkschaftlich	4 127 281	789 645	4 866 926	85
christlich-national	639 714	124 129	763 843	84
freiheitlich-national	190 905	13 239	204 144	93
kommunist. Richtungen	68 100	3 750	71 850	95
wirtschaftsfriedlich selbst. Verbänden	—	—	—	—
Zusammen . . .	5 042 124	907 441	5 949 565	85

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen freien Gewerkschaften rund 82 v. H. aller organisierten Arbeiter in sich vereinigen. Sie bilden den Kernpunkt der Arbeiterbewegung überhaupt. Alles, was darum herumkreucht und fleucht, lebt nur von der Demagogie und von den Brosamen, die von dem Tisch der freien Gewerkschaften fallen. Anfang 1930 waren die freien Gewerkschaften auf einen Mitgliederbestand von 4 948 276 angewachsen. Die freie Gewerkschaftsbewegung war in den organisatorischen Hochkonjunkturjahren noch wesentlich stärker. 1921 waren im Organisationsrahmen des ADGB 8 032 000 Arbeiter und Arbeiterinnen vereinigt. Nach der Währungsstabilisierung trennte sich die Spreu von dem Weizen und übrig blieben nur die charakterfesten Elemente innerhalb der Arbeiterschaft. Die Weiblichen machten bei den freien Gewerkschaften 15 v. H. der Mitglieder aus. Von den 907 000 insgesamt organisierten Arbeiterinnen befanden sich 740 000 oder 82 v. H. bei den freien Gewerkschaften. Mit einer Jahreseinnahme wie 1929 mit 251 Millionen war dieser gewaltige Organisationsblock auch finanziell zu einer nicht geringen Macht angewachsen. Das auch die übrigen Einrichtungen der freien Gewerkschaften, durch eine jahrelange Aufbauarbeit geschaffen, auf der Höhe standen bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Die christlichen Gewerkschaften bilden im Rahmen der gesamten Gewerkschaftsbewegung die nächstfolgende Gruppe. Die Zahl der Organisierten beträgt aber nur ein Sechstel der der freien Gewerkschaften. Daneben ist es noch von Bedeutung, daß sich die christliche Arbeiterbewegung überwiegend auf die Katholiken, also auf West- und Süddeutschland, beschränkt. Von den 19 Verbänden haben nur zwei (Metallarbeiter und Bergarbeiter) eine Mitgliederzahl über 100 000. Im Jahre 1928 war eine Gesamteinnahme von 22 Millionen zu verzeichnen. Das ist ungefähr der elfte Teil der Jahreseinnahme, die die freien Gewerkschaften zu verzeichnen haben.

Die Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) bilden die dritte Gruppe der Gesamtbewegung in Deutschland. Anfang 1929 waren hier insgesamt 168 726 Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengeschlossen. Letztere sind bei den Hirschen zahlenmäßig schwach, denn insgesamt sind nur 12 658 weibliche Mitglieder vorhanden. Die Gesamteinnahmen betragen im Jahre 1928 4 098 000. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine werden in

Zur Lüdersschen Wohnung gehörte unter anderem auch ein kleiner Schweinestall, in dem hatte Fritz Lüders sich eine Kaninchenzucht angelegt. Franz hatte seinen Spaß daran, jedes Kohlblatt, das er auf dem Wochenmarkte fand, jede harte Brotkruste dem Freunde zu bringen. Als dieser ihm gar behilflich war, einen Kaninchenkasten für sich selbst anzufertigen, und ihm zwei Junge schenkte, kannte seine Freude keine Grenze. In seinem Jubel holte er sogar Vater und Mutter herbei, die sollten seinen Viehbestand besehen.

„Na ja, — nachher gibts 'n fetten Braten“, hatte Rückmann gesagt.

Einen fetten Braten!

Daran hatte Franz nun nicht gedacht, daß die kleinen lieben Dinger einmal unter dem Messer enden sollten. Aber dazu waren sie ja wohl da.

Und Franz suchte die ganze Umgegend ab nach saftigem Grünfutter. Kein Weg war ihm zu weit, namentlich wenn Fritz und Emma Lüders mitgingen. Seine Kaninchen fraßen gut, wuchsen und setzten Fett an, daß es eine Lust war. Die Zeit verging. Schon spann der Altweibersommer seine weißen Fäden, Franz konnte es nicht übers Herz bringen, seine Lieblinge zu schlachten; obwohl der Vater verschiedentlich davon gesprochen hatte. Mit der Zeit schien Rückmann jedoch die Tiere ganz vergessen zu haben; so wenigstens dachte Franz. Mit Schrecken sah der Knabe, daß es mit dem Vater immer mehr bergab ging. Schon zweimal hatte man ihn von der Straße, wo er bewußtlos zusammengebrochen, nach dem Siechenhaus gebracht. Keine Tränen hatte die Mutter darüber vergossen

Eines Tages war Franz Zeuge eines Zwiegesprächs zwischen seiner Mutter und Frau Lüders. In Lüders Küche schüttelte die Mutter der Freundin ihr Herz aus. Die Tür stand ein Stück offen, so verstand Franz jedes Wort.

„Ich weiß wahrhaftig auch nicht mehr, was da zu machen wäre. Ein Jammer ist das, liebe Frau Rückmann“, — — hörte Franz Frau Lüders sagen. Darauf die Mutter: „Ja, die Altpöpel, die hat gut reden von davonlaufen. Wir sind doch nun einmal verheiratet, und dann“, — Frau Rückmanns Stimme hatte merklich gezittert — — „Ich hab ihn doch einmal lieb gehabt, den Vater meines Bubens. Das Beste wär schon, man ginge hin, wo das Wasser am tiefsten ist.“ — — —

Dem Franz wurde siedend heiß.

Wie, wognt die Mutter dies Wort wahr machte! Wenn sie von ihm — ins Wasser ginge! Die schwärzesten Gedanken durchquerten des Kindes aufgeregtes Hirn.

Wenn die Mutter das tat! — — Dann — — dann — — er mochte es gar nicht ausdenken, und bekam auch keine Zeit dazu.

Die Mutter trat heraus, und versuchte zu lächeln, als sie den Bubens gewahrte. „Da bist du ja, Franz, geh gleich mal rüber zum Schlachter und hole ein halbes Pfund Karbonade für den Vater.“

Franz gehorchte. Aber so tief war er in Gedanken versunken, daß er fast vergaß, was er holen sollte. Doch, nun als die Ladentür klingelte, wußte ers: „Ein halbes Pfund Karbonade für den Vater“, sagte er mechanisch.

Deutschland niemals wieder zu einer ausschlaggebenden Bedeutung gelangen. Wenn Erkelenz und andere Führer der Gewerkschaften sich der Sozialdemokratie anschließen, dann sollten auch die von ihnen betreuten gewerkschaftlichen Organisationen nachfolgen und den Weg zum ADGB finden.

Das Jahrbuch der Berufsverbände verzeichnet als vierte Gruppe die Arbeiterverbände kommunistischer Richtung. Insgesamt wird hier eine Mitgliederzahl von 68 100 angegeben. Einbegriffen in diese Gruppe sind die Syndikalisten, die revolutionären Industrieverbände, die Arbeiter-Unionen usw. Nach dem Studium dieses betreffenden Abschnitts des Jahrbuches ist man genau so schlau wie vorher. Man vermag kein einheitliches Bild über die „revolutionären“ Organisationsrichtungen zu erhalten.

In noch größerem Maße gilt dies von der sogenannten „wirtschaftsfriedlichen“ Gewerkschaftsbewegung. Selbst das objektive „Jahrbuch“ schreibt hierüber: „Für die Gruppe der Werks- und Betriebsgemeinschaften erstrebenden wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereinigungen besteht kein sicherer Anhalt dafür, welche Ausdehnung sie unter der Arbeiterschaft erreicht haben. Auf Tagungen genannte Zahlen sind in der Öffentlichkeit angezweifelt worden. Dem Statistischen Reichsamt haben die Verbandsleitungen bei der Umfrage keinerlei Angaben gemacht, nachdem bei der vorhergehenden Umfrage teils darauf hingewiesen worden war, daß wegen Umbildung innerhalb der Organisation Angaben zurzeit nicht gemacht werden könnten.“ Jedenfalls ist sicher, daß sich an dem gelben Charakter dieser Bewegung nichts geändert hat. Es bestehen eine Reihe Spitzenorganisationen, die sich teilweise hart befehlen, aber doch nach längeren Einigungsverhandlungen im Juni vorigen Jahres zu der Gründung des Hauptausschusses der nationalen Industriearbeiterverbände kamen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch eventuelle Gewerkschaftsgründungen der Nationalsozialisten diese Bewegung einen neuen Ansporn erhält. Trotzdem man manchmal an dem gefunden Geist weiter Schichten der Arbeiterschaft zweifeln möchte, so sind wir doch der Ueberzeugung, daß die Selben es niemals zu einer ausschlaggebenden Stellung im Gewerkschaftsleben bringen werden.

Die Gewerkschaftsbewegung hat in Deutschland in der Nachkriegszeit eine Beachtung gefunden, wie es vorher niemals der Fall war. Deshalb auch die Feindschaft gegen diese Massenorganisationen des Proletariats. Diese zahlreiche Gegnerschaft kann den freien Gewerkschaften nur zur Ehre gereichen. Die Gewerkschaften sind und bleiben ein Teil der modernen Wirtschaft. Dies hat bereits Staatssekretär Delbrück, ein Minister des kaiserlichen Deutschland, mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht: „Man hat vielfach die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften verkannt, während tatsächlich nach meiner festen Ueberzeugung die Gewerkschaften wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben nicht mehr denkbar ist.“ Möge die sozialistische Arbeiterschaft ihrer Gewerkschaftsbewegung die Liebe entgegenbringen, die sie ver-

dient. In Zeiten wirtschaftlicher Katastrophen können diese keine Riesenerfolge bringen, aber gerade dann erweisen sie sich als ein Damm, der die Fluten der Reaktion in ihren Schranken hält.

Die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung

Die ungeheure Krise der Arbeitslosigkeit hat nach den Berechnungen des Internationalen Arbeitsamts in den wichtigsten Industrieländern der Welt etwa 15 Millionen Arbeiter erfaßt. Mit ihren Angehörigen sind dies mehr als 60 Millionen Menschen, die dadurch in eine schwere wirtschaftliche Notlage veretzt sind. Welches auch die Maßnahmen sein mögen, die national oder international zur Bekämpfung dieses Übels angewandt werden, in keinem Falle kann auf eine wirksame Unterstützung der ohne ihre Schuld in Bedrängnis geratenen Millionen von Arbeitern verzichtet werden. Die 1. Internationale Arbeitskonferenz in Washington hat schon im Jahre 1919 eine Entschliebung zur Förderung der Arbeitslosenversicherung in verschiedenen Ländern angenommen. Die Zahl der von der Arbeitslosenversicherung erfaßten Personen belief sich damals auf etwa 5 Millionen, von denen allein etwa 3,7 Millionen auf Großbritannien entfielen. Heute unterliegen etwa 47,5 Millionen Arbeiter in den verschiedenen Ländern der Welt der Versicherung.

Nachstehende Uebersicht zeigt die einer Zwangsversicherung unterliegenden Länder und Versicherten:

Land	Zahl der Versicherten
Deutschland	16 738 000
Australien: Queensland	137 000
Oesterreich	1 300 000
Bulgarien	287 000
Großbritannien und Nordirland	12 100 000
Freistaat Irland	284 000
Italien	2 600 000
Polen	1 033 000
Schweiz (9 Kantone)	150 000
Rußland	10 000 000
Insgesamt:	44 629 000

Eine freiwillige Versicherung besteht in folgenden Ländern:

Land	Zahl der Versicherten
Belgien	628 000
Dänemark	288 000
Finnland	—
Frankreich	200 000
Norwegen	43 000
Niederlande	388 000
Schweiz (14 Kantone)	165 000
Tschechoslowakei	1 129 000
Insgesamt:	2 841 000

Ein fettes Weib, mit einem schmierigen Kinde auf dem Arm, schlug eine häßliche Lache auf: „Ein halbes Pfund Karbonade“, das fehlt ihm noch, dem Söffel dem!“ Die Schlächtersfrau, eine würdige alte Dame, würdigte das Weib mit keinem Blicke. Sie wickelte die Karbonade in ein Stück Pergamentpapier, schlug zur Vorsicht noch eine Zeitung darum, und steckte Franz eine Scheibe der besten Zervelatwurst in den Mund. Franz ging beschämt, verbittert hinaus, den Blick stier auf das Einschlagpapier geheftet. Da fiel ihm das Bildnis einer Frau in die Augen, darüber vergaß er fast die häßlichen Worte der Alten. Wißbegierig, lesehungrig, wie er nun einmal war, las er die untenstehende Beschreibung:

Schreiben Sie dieser Frau, wenn Sie einem Manne das Trinken abgewöhnen wollen!

Sie verlangt nichts für ihre Hilfe, und es ist darum kein Grund vorhanden, warum Sie nicht sofort an sie schreiben sollten. Natürlich erwartet sie, daß Sie ein persönliches Interesse daran haben, jemand von der Trunksucht befreit zu sehen und nicht etwa aus bloßer Neugierde anfragen. Die Methode kann an dem Trinker unbemerkt angewandt werden.

Schicken Sie Ihren Brief vertrauensvoll an Ihre Adresse:

Frau Elisabeth Petersen

Berlin SO.

2 . . . Straße 45

Die Karbonade wäre ihm bald entfallen, so zitterten seine

Hände. Das war ja Hilfe, Rettung für den Vater! Hilfe auch für die Mutter!

Wenn der Vater nicht mehr trank, würde die Mutter nie mehr daran denken, sich das Leben zu nehmen. Spornstreichs rannte er heim, legte die Karbonade nur mit dem Pergamentpapier umwickelt in die Küche, entnahm seiner Sparbüchse einen Fünfer und rannte davon, hin zum Postamt. Die Mutter sollte noch nichts davon wissen, nein niemand, niemand. Sein Geheimnis sollte das bleiben. Wenn der Vater erst geheilt war, dann sollten sie es alle erfahren, wer ihm dazu verholten hatte.

In beredten Worten klagte Franz der Dame seine Not und bat um Hilfe. So, nun war die Karte auf der Reise nach Berlin.

In fieberhafter Ungebuld verbrachte er die nächsten Tage. Würde die Frau ihn erhören!

Wirklich, schon am dritten Tage gab die Klöppeln ihm einen Brief. „Da Franz, für den Vater.“ Er war aber adressiert an Franz Rückmann. Also an ihn.

Die Dame schrieb, daß sie gerne bereit sei, ihm zu helfen; sie nähme zwar nichts für ihre Mühe, doch müsse er 3,50 Mark einschicken für die Medizin, die sie ihm hierauf zu senden werde. Eigentlich koste die Flasche ja sieben Mark, ihm aber werde sie es für die Hälfte lassen.

Franz sann hin und her. 3,50 Mark. In seiner Sparbüchse waren nur noch 24 Pfennig. Sm. Fatal! Da kam ihm ein rettender Gedanke. Die Kaninchen! Die würde er verkaufen. Wenn der Vater erst nicht mehr trank, wollte er es der Mutter sagen und sie um Geld bitten; damit er wieder welche kaufen könne,

Jahres durchschnittlich 811 betrug, auf 892 im Dezember gestiegen. Auch Behörden haben der Vorverjorgung mitunter in einer geradezu unverständlichen Weise Vorschub geleistet. So hat — um nur ein Beispiel anzuführen — die Senatskommission für Handel und Schifffahrt in Bremen sich nicht geschämt, die Beschäftigung von Arbeiterinnen über acht bzw. 10 Uhr abends hinaus entgegen den gesetzlichen Vorschriften auf Grund einer Bestimmung zu gestatten, die den Demobilisierungskommissaren die Befugnis einräumt, Ausnahmen zu gewähren, wenn diese Ausnahmen im öffentlichen Interesse, insbesondere zur Durchführung der geordneten Demobilisierung, zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit oder zur Sicherstellung der Volksernährung dringend nötig werden.

Wenn trotz der außerordentlich starken Anschwellung der Arbeitskräfte auch im Monat November ein nicht geringer Teil von Arbeitslosen vorhanden war, so entfallen diese Arbeitslosen zum allergrößten Teil auf Gebiete, wo die früher verhältnismäßig starke Zigarren- oder Zigarettenherstellung jetzt beinahe oder gänzlich verschwunden ist. Bei der Kurzarbeit zeigt sich ein Mangel unserer graphischen Darstellung, weil es nicht möglich ist, ein Bild davon zu geben, um wieviel Stunden die Arbeitszeit im einzelnen verkürzt war. Wäre das möglich gewesen, dann würde sich ganz besonders in der Zigaretten- und Raubtabakbranche gezeigt haben, daß die Zahl der tatsächlich geleisteten

Arbeitsstunden nicht so stark voneinander abweicht, als nach den Schaubildern angenommen werden könnte. Es würde sich dann aber auch ergeben, daß Konjunkturschwankungen in den genannten Branchen meistens durch eine entsprechende Festsetzung der Dauer der Kurzarbeit ausgeglichen wurden, um so Entlassungen zu vermeiden.

Zum Schluß sei noch auf eine Tatsache hingewiesen, die nicht unerwähnt bleiben darf und die durch die Schaubilder besonders stark in die Erscheinung tritt. Sowohl in der Zigarren- wie auch in der Raubtabak- und Schnupftabakbranche finden sich in allen Monaten, auch bei umfangreicher Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, Ueberarbeiter, in der Rauch- und Schnupftabakbranche beträgt der Mindestsatz 6,26 v. H. Hierfür gibt es keine andere Erklärung, als daß in einer Reihe von Betrieben — ganz gleich, ob ein wirtschaftliches Bedürfnis im Sinne der Tarifverträge vorliegt oder nicht — regelmäßig Ueberstunden gemacht werden. Wir haben die Hoffnung, daß es nur dieses Hinweises bedarf, um die in Betracht kommenden Kolleginnen und Kollegen angesichts der großen Arbeitslosigkeit und der selbst von Unternehmern erhobenen Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit zu veranlassen, mit ihrer Firma in Verbindung zu treten, um eine Aenderung des bisherigen ungesunden Zustandes herbeizuführen.

3. Zigarrenbranche

Januar	15,62	16,45	61,55	6,38
Februar	18,19	19,93	60,20	3,68
März	19,36	24,35	52,99	3,30
April	19,95	29,70	48,07	2,28
Mai	19,98	27,53	50,26	2,28
Juni	20,89	27,09	49,48	3,04
Juli	18,57	27,34	50,35	3,74
August	14,95	29,33	51,57	4,15
September	15,25	26,21	53,97	4,57
Oktober	14,83	26,79	53,70	4,88
November	11,15	6,62	56,66	27,57
Dezember	13,46		7,58 25,90	13,06
Jahresdurchschnitt	19,78	22,37	51,27	6,58

4. Zigarettenbranche

Januar	22,83	41,16	36,01	0,0
Februar	27,19	37,47	35,34	0,00
März	27,86	11,93	60,21	0,00
April	24,38	1,82	70,27	3,53
Mai	20,28	1,28	72,52	5,92
Juni	14,75	0,95	82,54	1,76
Juli	21,67	25,12	53,08	0,13
August	24,19	42,22	33,36	0,23
September	25,04	28,34	46,55	0,07
Oktober	27,46	39,71	32,75	0,04
November	13,27	0,78	84,31	1,64
Dezember	18,92	22,57	57,41	1,10
Jahresdurchschnitt	22,36	21,19	55,25	1,20

5. Raubtabak-, Schnupftabak- und Vergärungsbranche

Januar	15,98	14,88	39,61	9,53
Februar	11,86	23,86	37,38	6,90
März	18,40	16,26	49,08	6,26
April	13,21	3,59	73,09	10,11
Mai	18,22	8,02	66,10	7,66
Juni	17,55	9,16	66,33	6,96
Juli	13,44	21,61	48,80	6,35
August	19,06	11,93	62,49	6,52
September	18,62	13,91	59,82	7,65
Oktober	14,79	6,90	71,25	7,06
November	14,65	1,31	65,39	28,65
Dezember	13,13	1,89	57,86	7,12
Jahresdurchschnitt	14,57	11,04	58,12	9,27

6. Raubtabakbranche

Januar	5,28	1,76	92,96	0,00
Februar	2,82	61,86	35,62	0,00
März	2,54	38,27	59,19	0,00
April	3,23	33,67	68,10	0,00
Mai	2,62	34,30	63,08	0,00
Juni	2,76	31,66	65,58	0,00
Juli	2,95	34,40	65,59	0,00
August	2,75	39,54	57,71	0,00
September	3,42	65,23	31,35	0,00
Oktober	2,61	51,23	46,11	0,00
November	2,17	1,75	23,63	67,45
Dezember	3,07	0,78	27,53	68,62
Jahresdurchschnitt	3,01	32,55	52,99	11,45



Verbandsleben



Gau- und Zahlstellenberichte

Gaukonferenz für Schlesien

Am 11. Januar fand im Gewerkschaftshaus zu Breslau für Schlesien eine Gaukonferenz statt, welche von 49 Delegierten und einer größeren Anzahl Gäste besucht war. Nach Vortrag einiger schöner Lieder durch die Arbeiterfänger eröffnete Gauleiter Kollege Emanuel Langner (Breslau) die Konferenz, in deren Leitung die Kollegen Emanuel Langner, Heinrich Nowak (Breslau) als Vorsitzende und Kollege Reinhard Baumhardt (Oppeln) als Schriftführer gewählt wurden. Des ferneren beauftragte die Konferenz noch eine Mandatsprüfungskommission. Zum 1. Punkt der Tagesordnung berichtete Kollege Langner über die Tätigkeit im Jahre 1930. Dem Bericht war zu entnehmen, daß auch der Gau Schlesien schwer unter Krisenerscheinungen zu leiden hatte und hat. Durch die Lahmlegung der Zigarettenindustrie in Breslau allein sind über 500 Kollegen arbeitslos geworden, ohne Aussicht, in der Industrie wieder unterzukommen. In Verbindung damit berichtete Kollege Langner, welcher langen und zähen Arbeit es bedurfte, um diesen Kollegen die ihnen zustehende Unterstützung zu sichern. Auch in der Zigarrenindustrie stand und steht es mit der Beschäftigungsmöglichkeit sehr schlecht. Insbesondere in letzter Zeit ist durch die Betriebsstillegungen (Infolge der Tabaksteuererhöhung) der größte Teil der Mitglieder entweder arbeitslos geworden oder arbeitet kurz. Nach den eingegangenen Berichten zeigte es sich auch hier schon, daß sehr viel zu tun sein werde, um allen Mitgliedern zu ihrem Rechte bei der Sonderunterstützung zu verhelfen. Der weitere Bericht zeigte, wieviel Werte den Mitgliedern im allgemeinen durch die Tätigkeit der Gauleitung und der Funktionäre erhalten werden konnten, die alle verloren gegangen wären, wenn die Kollegen nicht im Deutschen Tabakarbeiter-Verband organisiert gewesen wären. Kollege Langner forderte die Konferenzteilnehmer auf, ihn auch in Zukunft tatkräftig zu unterstützen und stets darauf bedacht zu sein, auch die noch fernstehenden Tabakarbeiter unserem Verbandsverband zuzuführen. Nach dem Bericht des Kollegen Langner sprach Kollege Kiel über „Die Wirtschaftslage in der Tabakindustrie“ und in Verbindung damit über „Die Verordnung über Entschädigung arbeitsloser bzw. verdienstgeschädigter Tabakarbeiter infolge der neuen Tabaksteuer“. Redner entwickelte ein Bild von der Lage im Tabakgewerbe, machte dabei auf das Eindringen der Maschine in die Zigarrenindustrie aufmerksam und sagte, daß es seinen Zweck habe, dagegen anzukämpfen, wohl aber müsse dieser Entwicklung die größte Aufmerksamkeit gewidmet werden im Interesse der in der Zigarrenindustrie beschäftigten Mitglieder. Ausführlich ging Kollege Kiel auf das Zustandekommen der letzten Tabaksteuererhöhung ein und zeigte, daß der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes alles getan habe, um das größte Unheil von den Tabakarbeitern abzuhalten, vor allem aber auch (nachdem es sich gezeigt habe, daß die Tabaksteuererhöhung nicht ganz zu verhindern war), um den Tabakarbeitern eine ausreichende Unterstützung seitens des Staates zu sichern. Wenn den Tabakarbeitern beim Vorliegen der Voraussetzungen im Falle der Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit jetzt auf die Dauer von 312 Arbeitstagen 75 Prozent des entgangenen Verdienstes als Unterstützung gezahlt werden müsse, so sei das vor allem der Tätigkeit des Vorstandes zu verdanken. Der Referent ging dann auf die Verordnung selbst näher ein und zeigte an Hand von Beispielen die Auswirkung der einzelnen Bestimmungen. Im Rahmen des Referats begründete Kollege Kiel auch die Stellungnahme der Verbandsinstanzen zur Beitragsleistung und zur Verbandsunterstützung während des Bezuges von Sonderunterstützung. Redner schloß seine mit Beifall aufgenommenen vortrefflichen Ausführungen mit der Aufforderung, die Mitglieder über alles aufzuklären. Er sei gewiß, daß die Mitglieder anerkennen, daß die Tätigkeit des Verbandsvorstandes ausschließlich darauf gerichtet war und ist, ihre Interessen zu wahren. Auch einer regen, aber durchaus sachlichen Diskussion, an welcher sich eine große Anzahl Delegierter beteiligte, und woraus vor allen Dingen hervorging, daß es eine Anzahl Arbeitsämter gibt, die bei der Durchführung der Sonderunterstützung allerlei Schwierigkeiten bereiten und die Unterstützung trotz rechtzeitiger Anmeldung erst nach 3 bis 4 Wochen zur Auszahlung bringen und nachdem Koll. Langner bekanntgegeben hatte, welche Schritte er unternommen habe, damit u. a. auch die gefährdeten Schwierigkeiten bei den Arbeitsämtern beseitigt würden, kam folgende Entschließung zur Annahme:

„Die heute in Breslau tagende Gaukonferenz, welche von allen Zahlstellen des Gaus durch Delegierte vertreten ist, erklärt nach einem Vortrag des Kollegen Kiel vom Verbandsvorstand, daß die Maßnahmen, die die Verbandsinstanzen in betreff Nichtzahlung von Arbeitslosenunterstützung und Zahlung der Beiträge während der Zeit des Bezuges der Unterstützung in Höhe von 75 Prozent, eine Notwendigkeit waren, um die Staatskraft der Organisation nicht zu gefährden. Weiter verpflichten sich die Delegierten, alles daranzusetzen, daß die noch fernstehenden Kolleginnen und Kollegen der Organisation zugeführt werden.“

Bei der Wahl der Mitglieder zum Bezirkschiedsgericht (Zigarrenherstellung) wurden die Kollegen Umft (Breslau), Robert Raschitz

(Treibitz) als ordentliche und die Kollegen Theodor Langner (Breslau) und Anna Langner (Dhlau) als Ersatzvertreter einstimmig gewählt. Unter Verschiedenes dankte Gauleiter, Kollege Langner, dem Kollegen Alfred Kiel, als Vertreter des Vorstandes, im Namen der Konferenz herzlich für sein Erscheinen und für seine vortrefflichen Ausführungen. Des weiteren gedachte Kollege Langner mit ehrenden und herzlichen Worten der Jubilare, der Kollegen Clement, Husung, Krohn und Klein, anlässlich ihres 25jährigen Dienstjubiläums als Gauleiter und Vorstandsmitglieder. Diese Ehrung fand seitens der Konferenzteilnehmer lebhafteste Zustimmung. Nach Erledigung einiger Anfragen usw. sprach Kollege Nowak (Breslau) noch einige treffliche und anfeuernde Worte. Mit einem kräftigen Hoch auf den Deutschen Tabakarbeiter-Verband wurde die glänzend verlaufene Konferenz geschlossen.

Burgdamm. Am 11. Januar hielten wir unsere Generalversammlung bei Steller ab. Vom 1. Bevollmächtigten wurde die Abrechnung vom 4. Quartal vorgelesen sowie der Jahresbericht gegeben. Die Revisoren erklärten, alles in Ordnung befunden zu haben und beantragten Entlastung, welche dann auch einstimmig erfolgte. In die Zahlstellenverwaltung wurden gewählt: 1. Bevollmächtigter Johannes Bolljes, 2. Johann Brünjes und 3. Georg Rathjen, Revisoren wurden Ferdinand Blanke und Claus Grahl, Kartelldelegierte Theodor Thyll und Heinrich Cronau.

Hanau. Unsere Zahlstelle hatte auf den 5. Januar eine Versammlung der Orte Groß-Steinheim, Klein-Steinheim und Klein-Mulheim, nach Groß-Steinheim einberufen. Die Versammlung hatte einen starken Besuch, aufzuweisen, wir hatten in dem Bezirk schon lange keine so große Versammlung, ein gutes Zeichen für die Zukunft. Kollege Adermann (Hanau) referierte über die Sonderunterstützung im Tabakgewerbe. Er behandelte eingehend die gesetzlichen Bestimmungen und zeigte an Beispielen, welche Mängel den einzelnen Bestimmungen noch anhaften, was aber im Spruchverfahren geklärt werden müsse. Sollten sich bei dem Verfahren Schwierigkeiten ergeben, müssen die Kolleginnen und Kollegen dies der Organisation melden. Eine Anzahl Kolleginnen und Kollegen stellten Anfragen, die der Referent in sachverständiger Weise beantwortete. Soweit noch Unorganisierte in diesem Bezirk in Frage kommen, sollten sie sich unverzüglich dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband anschließen, ehe es zu spät ist. Anschließend behandelte Kollege Adermann die Lage der Zigarrenindustrie im Jahre 1931. Man könnte überall die Beobachtung machen, daß auch die Unternehmer die Lohnquote nach unten senken wollten. Wenn man auf der anderen Seite den Arbeitern glaubhaft machen will, daß ein Preisabbau in der Lebensmittellage erfolgen solle, so reden die realen Tatsachen eine andere Sprache. Wenn in den nächsten Wochen in den einzelnen Betrieben von den Unternehmern der Versuch gemacht werden sollte, billiger arbeiten zu lassen, so müssen wir dem ganz entschieden entgegen treten. Den Beschluß des Vorstandes und Beirates, wonach für die entlassenen Kolleginnen und Kollegen keine Erwerbslosenunterstützung aus Verbandsmitteln gezahlt wird, können wir verstehen und aus finanziellen Gründen nur zustimmen. In der Diskussion stellte Kollege Simon folgendes fest: Alle Finanzminister des Reiches, der Länder und Gemeinden sind zurzeit damit beschäftigt, ihren Haushalt in Ordnung zu bringen, er bitte die Kolleginnen als Finanzminister ihrer Familie, ebenfalls danach zu trachten, Einnahmen und Ausgaben miteinander auszugleichen. Zum Schluß richtete der Vorsitzende an die Kolleginnen und Kollegen den Appell, zu jeder Zeit und Stunde dem Rufe der Organisationsleitung Folge zu leisten.

Magdeburg. In der am 10. Januar stattgefundenen Generalversammlung gab der Kassierer Kollege Wille den Kassenbericht vom 4. Quartal 1930. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 1306,48 M., die Ausgabe 1303,70 M. Somit bleibt ein Barbestand von 2,78 M. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 2590,43 M., und eine Ausgabe von 2440,75 M., so daß ein Barbestand von 149,68 M. bleibt. Am Schlusse des Jahres zählten wir einen Mitgliederbestand von 171. Auf Antrag des Kollegen Winkler wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Anschließend wurde vom Vorsitzenden Kollegen Lüdge der Jahresbericht gegeben, woraus zu ersehen war, daß Verwaltung wie Funktionäre ihre Pflichten voll und ganz erfüllt haben. Durch die Herabsetzung der geplanten Tabaksteuererhöhung ist erwiesen, daß die Proteste nicht nutzlos gewesen sind. Die bisherige Ortsverwaltung, 1. Bevollmächtigter Karl Lüdge, 2. Erich Wille, und 3. Wilhelm Küster, wurde wiedergewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Gerhard Winkler und Ernst Rodenhau, als Ortsauschussdelegierte Otto Kohl und Georg Demuth, letzterer als Ersatzmann, gewählt. Alsdann sprach Kollege Lüdge über Schritte und Wege zugunsten der arbeitslos gewordenen Tabakarbeiter und erwähnt hierbei, daß das Arbeitsamt Magdeburg doch ziemlich bürokratisch vorgeht, denn bisher bezieht noch nicht ein einziger Tabakarbeiter die ihm nach der Notverordnung zustehende Zollunterstützung, wo doch noch „berechtigte“ Arbeitslose vom Dezember vorhanden sind. Die Kolleginnen und Kollegen, welche auf dem Arbeitsamt, beziehungsweise Zollamt unberechtigtweise abgewiesen werden, sollen sich bei der Verwaltung melden, welche schon jetzt versucht, die Sache zu beschleunigen. Hierzu sprachen noch mehrere Kollegen. Einige von ihnen konnten sich

mit der Maßnahme des Hauptvorstandes betreffs Nichtzahlung von Erwerbslosenunterstützung nicht befreunden. Nach längerer Debatte und Erledigung örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Kostoc. Die am 10. Januar im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung erledigte zunächst die Jahresabrechnung und Vorstandswahl. Es wurden wiedergewählt: Wilhelm Krüger als 1., Wilhelm Manthi als 2. und Ewald Harder als 3. Bevollmächtigter; als Revisoren Johann Kaiser und Alfred Sener. Im Punkt Verschiedenes kam der Beschluß vom Vorstand, Beirat und Gauleiter zur Aussprache. Die Mitglieder der Zahlstelle Kostoc stellen den Antrag, ob es nicht möglich ist, wenn ein Mitglied durch die Steuer arbeitslos oder Kurzarbeiter geworden ist, daß die Beiträge nach unseren Einnahmen oder Verdienst, also 75 v. H., berechnet werden, wobei wir die Rechte unserer bisher bezahlten Beiträge behalten wollen. Die Versammlung hat den Beschluß des Vorstandes, Beirates und der Gauleiter als eine Härte empfunden, da die Mitglieder keine Unterstützung haben und volle Beiträge zahlen sollen. Es ist nicht von den Mitgliedern zu verlangen, daß sie mit solchem Maß behandelt werden, denn so enorm ist doch bei der Steuer das Einkommen nicht. Wir erkennen die kritische Lage des Verbandes an, wir wollen aber eine Gerechtigkeit und hoffen, daß unser Antrag im allgemeinen berücksichtigt wird.

Anmerkung der Redaktion: So wie die Kollegenschaft in Kostoc sich die Sache denkt, geht es nun auch nicht; denn nach dem Verbandsstatut ist jedes Mitglied verpflichtet, Beiträge in der seinem Verdienst entsprechenden Beitragsklasse zu entrichten. Wer während des Bezuges von Sonderunterstützung niedrigere Beiträge zahlt, erhält bei Krankheit und späterer Arbeitslosigkeit auch nur eine dementsprechend niedrigere Unterstützung, weil die Erwerbslosenunterstützung nach dem niedrigsten Hauptfassenbeitrag berechnet wird, der in den letzten 26 Wochen vor dem Unterstützungsfall gezahlt worden ist. Aus diesem Grunde kann nur allen Verbandsmitgliedern, die sich vor Schäden bewahren wollen, empfohlen werden, während des Bezuges von Sonderunterstützung die bisherigen Beiträge regelmäßig weiterzuzahlen.

Spenge. Nachdem die Firma L. Engelhardt & Biermann ihre Filialen in der Umgegend (Lenzinghausen, Häger, Wallenbrück, St. Annen, Groß-Möhen, Klein-Möhen, Hüder, Weserenger und Ködinghausen) sämtlich eingezogen hatte, ist nunmehr auch die Zentrale in Spenge eingegangen. Die Arbeiter, es waren wohl noch an 40 Mann, haben am 6. Januar die letzte Arbeit verrichtet. Die Firma hat ihren Sitz in Bremen und ist im Jahre 1866 nach Spenge gekommen, ist also 64 Jahre hier ansässig gewesen, und hat schon über 1000 Arbeiterinnen und Arbeiter beschäftigt. Niemand in Spenge hätte daran gedacht, daß diese große Firma auch mal ihre Betriebe schließen würde. Nun ist es Tatsache geworden. Die Arbeiter sollten lernen, daß alles vergänglich ist in dieser Welt. Auch das jetzige Wirtschaftssystem ist vergänglich und muß durch ein anderes ersetzt werden, den Sozialismus. Alle sollten kräftig mitarbeiten, daß er bald kommt.

Am 9. Januar fand beim Gastwirt Schröder eine gut besuchte Tabakarbeiterversammlung statt, um Stellung zu den Maßnahmen des Vorstandes zu nehmen. Nachdem Koll. **B r i n k m a n n** das Schreiben des Vorstandes verlesen und mit kernigen Worten die Stellung desselben begründet hatte, wurde die Sache zur Diskussion gestellt. Alle Redner verkanteten nicht den Ernst der Zeit und erklärten sich auch bereit, die Beiträge weiter zu zahlen, um so für die bevorstehenden Kämpfe gerüstet zu sein, natürlich unter gewissen Bedingungen. Ein Antrag des Kollegen **M a u t e r**, wonach allen Angestellten während dieser Periode die Gehälter um 25 Prozent gekürzt werden sollten, denn dieses Opfer müsse verlangt werden, da ja auch die Tabakarbeiterhaft trotz 25 Prozent Verdienstaussfall Opfer bringen müsse, fand Annahme. Dagegen wurde ein Antrag des Kollegen **S e w i n g**: „Bevor Beiträge weitergezahlt werden, soll der Vorstand Richtlinien über die Kampfmaßnahmen zu den bevorstehenden Lohnkämpfen herausgeben mit der Garantie, daß an diesen Richtlinien festgehalten wird“, abgelehnt. Zum Schluß forderte Kollege **M ä s k e r** die Mitglieder auf, einig zu sein.

Anmerkung der Redaktion: In aller Freundlichkeit möchten wir der Kollegenschaft in Spenge sagen, daß es bisher im Deutschen Tabakarbeiter-Verband nicht üblich war, die Durchführung irgendwelcher Beschlüsse von Bedingungen abhängig zu machen, und daß es auch in Zukunft so bleiben sollte. Sind schon einmal von den dazu berufenen Verbandsinstanzen rechtsgültige Beschlüsse gefaßt worden, dann müssen sie auch von allen Zahlstellen und Mitgliedern ohne „gewisse Bedingungen“ durchgeführt werden. Zu dem von der Zahlstelle Spenge angenommenen Antrag des Kollegen Mauter möchten wir nur bemerken, daß er offene Türen einrennt; denn die Angestellten des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes bringen bereits seit längerer Zeit die gewünschten Opfer, ohne großes Aufheben davon zu machen. So haben sie auf eine ihnen nach den Verbandstagsbeschlüssen zustehende Gehaltserhöhung von rund 10 v. H. verzichtet und zahlen außerdem einen Extrabeitrag, der 10—20 v. H. ihres Gehaltes ausmacht. Die den Zahlstellen gegebenen Zuschüsse zur Weihnachtsunterstützung sind zum Teil von diesen Extrabeiträgen der Angestellten bestritten worden, so daß der Antrag der Zahlstelle Spenge reichlich post festum kommt.

Schneid. Am 3. Januar fand wiederum eine stark besuchte Mitgliederversammlung im Ratskeller statt, in welcher Kollege **D o m e y e r** (Dresden) über die Ausführungsbestimmungen und deren Auslegung referierte. Gleichzeitig streifte er die dazu gehörigen Bestimmungen im Arbeitslosen- und Arbeitslosenunterstützungsgesetz. Zum Schluß seiner Ausführungen begründete Kollege **D o m e y e r** den berechtigten Beschluß der Verbandstanzungen. An der zeitweilig erregten Aussprache beteiligten sich die Kollegen **W a n d e r l i c h**, **S c h r e y e r**, **S c h e r z e r**, **S p r a n g e r**,

L o r e n z, **M. K e i s e l** und der Vorsitzende. Verschiedene Redner stellten den Vorstandsbeschluß als unrichtig hin und verlangten auf Grund ihrer Beitragsleistung Verbandsunterstützung. Auch wurden verschiedene Anträge hierzu gestellt. Kollege **D o m e y e r** ging im Schlußwort auf die gestellten Anträge und einzelnen Ausführungen ein. Kollege **F i c k e r** gab noch bekannt, daß die Verwaltung alles unternehme, um so bald wie möglich zu erreichen, daß die Sonderunterstützung zur Auszahlung komme. Mit dem Arbeitsamt wurde schon mehrere Male verhandelt, doch fehlten diesem noch die nötigen Anweisungen. Kollege **D o m e y e r** betonte noch, daß es nur dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband zu verdanken sei, wenn es eine so günstige Sonderunterstützung gebe. Deshalb gelte es, nicht zu schimpfen, sondern den Verband zu stärken, denn noch nicht alle Mitglieder hätten ihre Pflicht gegenüber der Gewerkschaft getan. Nachdem Kollege **F i c k e r** noch einige Anfragen beantwortet hatte, schloß er die zum Teil sehr unruhig verlaufene Versammlung.

Bekanntmachungen

Am 24. Januar ist der 4. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

7. Januar. Harta 650.—
 8. Hannover 1175.40, Gera 130.—, München 1000.—, Helmerts-
 hausen 367.55.
 9. Osnabrück 350.—, Fürstenhagen 69.20, Lübbchen 40.—, Greven-
 mühlen 20.—, Spradow 200.—, Eckernförde 22.—, Blotho 312.75,
 Zerbst 91.65, Unterheinriet 65.50.
 10. Braunsberg 258.—, Wittweida 298.85, Bredstedt 300.85, Gerings-
 walde 150.—, Altlußheim 167.75, Waldangeloch 30.65, Mühlfelsen i. B.
 20.—, Wiesbaden 60.—, Bochum 10.—, Sonneborn 58.—, Dresden 600.—,
 Frankenheim 25.—
 12. Frankenhäuser 175.—, Marburg 127.60, Barntrup 83.75, Burg-
 steinfurt 859.—, Schweidnitz 2.95, Leipzig 1000.—, Wangingerode 10.50,
 Frankfurt a. M. 50.—, Schwab.-Hall 54.10, Briedel 98.—, Kheydt 87.05,
 Langermünde 42.—, Potsdam 20.—, Massenbachhausen 44.45, Ham-
 born 28.90, Zwickau 114.95, Plauen 241.30, Unterrieden 288.30, Oberode
 88.60, Gertenbach 86.45, Hundelshausen 142.20, Buttstädt 54.—, Nord-
 hausen 1000.—, Spremberg 153.56, Gailfingen 76.20, Bamberg 100.—
 13. Trebnitz 86.35, Eisenberg 8.05, Oberndorf 700.—, Elsterberg 34.60,
 Gr.-Rühden 121.15, Helmarschhausen 6.50, Kalbe 41.74, Brud 70.—
 14. Ober-Kunnersdorf 165.—, Langwedel 300.—, Zeitz 40.—, Spenge
 250.—, Raschhausen 89.90, Rinteln 39.30, Neues 24.85, Bentorf 78.30,
 Trier 400.—, Dahme 600.—, Danzig 100.—, Jüterbog 49.55, Pasewalk
 25.—, Bünde 1000.—
 15. Gießen 300.—, Bruchsal 324.03, Rülzheim 82.10, Koblenz 103.55,
 Freden 63.25, Schmölln 80.—, Würzburg 300.—, Hess.-Lichtenau 189.05,
 Barel 75.—
 16. Heppenheim 105.—, Kirchardt 300.—, Scharbeck 100.—, Gold-
 berg 200.—, Döbeln 1300.—, Lorch 150.—, Haynau 8.25.
 17. Bremen 400.—, Nordhausen 1200.—, Neuenkirchen 95.85, Gobra-
 stein 12.95, Meissen 32.—, Eisenach 228.60, Hildorf 53.85, Bunzlau 90.—,
 Bremen, den 21. Januar 1931. J. R o h n.

Um Aufenthaltsangabe wird ersucht

Die Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrenarbeiter **Otto Gloede**, geb. 19. 1. 77 in Pasewalk, befindet, werden ersucht, seine Adresse dem Kollegen **Max Ficker** in Schöned i. Vogtl., Falkenstein-
 Straße 6, mitzuteilen.

Briefkasten. Um dem Raum des „Tabak-Arbeiter“ für Ver-
 sammlungsberichte nicht übermäßig in Anspruch zu nehmen, mußten die
 meisten Berichte gekürzt werden. Verloren ist damit aber nicht viel, weil
 die für und gegen die Beschlüsse der Verbandsinstanzen angeführten
 Gründe fast überall die gleichen sind. Außerdem mußten noch einige
 Berichte zurückgestellt werden.

Umständehalber mußte der Versand dieser Nummer der Verbands-
 zeitung einen Tag später als gewöhnlich erfolgen.

Gibt ausgelesene

„Tabak-Arbeiter“
 an unorganisierte Kollegen
 und Kolleginnen weiter!

GUMMKWAREN Hygien Artikel. Preisl.
 T 2 gratis. „Medicus“
 Berlin SW 68. Alte Jacobstraße 8

Organisationsangestellter gesucht

Für die Zahlstelle Eger i. B. wird zum 1. März ein
 Angestellter gesucht, der mit dem Statut des Verbandes, den
 Bestimmungen der Tarifverträge für die Tabakindustrie ver-
 traut ist und die sozialpolitische Gesetzgebung beobachtet.

Bewerbungen sind bis spätestens den 5. Februar bei dem
 Gauleiter **Wilhelm Vorchard**, Herford, Graf-Ranitz-Str. 35,
 einzureichen.

Die Arbeitsdienstpflicht ist erledigt!

Die Tatsache, daß das Reichsarbeitsministerium zum 12. Januar d. J. eine Konferenz zur Besprechung der Forderung nach Einführung der Arbeitsdienstpflicht einberufen hatte, erweckte in der Öffentlichkeit verschiedentlich den Eindruck, als ob man an verantwortlichen Regierungsstellen die Durchführung dieser Pläne ernsthaft in Erwägung gezogen habe. Es war deshalb notwendig zur Klärung der Situation, daß Staatssekretär Weib bei der Eröffnung der Konferenz — zu der die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände sowie verschiedene sachverständige Persönlichkeiten geladen waren — erklärte, daß die Einberufung dieser Konferenz keineswegs eine Aenderung in der Stellung des R.A.M. zur Frage der Arbeitsdienstpflicht bedeute. Auch die in der Presse wiederholt angeführten Betrachtungen über einen Zusammenhang zwischen der Rede des Reichsfinanzministers Dietrich zur Arbeitslosenfrage und dem Stattfinden dieser Besprechung seien gegenstandslos.

Ministerialrat Dr. Lehfeldt hatte es übernommen, der Konferenz zu zeigen, welche Fragen bei der Durchführung der Arbeitsdienstpflicht nach den vorliegenden, verschiedenen Projekten zu lösen wären. Aus der Fülle der Überlegungen, die sich dem objektiven Bearbeiter ergaben, seien nur die wesentlichsten herausgehoben. Alle Befürworter haben denselben Ausgangspunkt: die Arbeitslosigkeit. Sie wollen durch den Arbeitsdienst Fürsorge für die jüngeren Arbeitslosen erreichen und damit gleichzeitig Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer freimachen. Die Dauer des Arbeitsdienstes schwankt nach den verschiedenen Plänen zwischen 1 und 2½ Jahren. Der Antrag der Wirtschaftspartei unterstellt nur die männlichen Deutschen im Alter von 18 bis 25 Jahren der Arbeitsdienstpflicht, während andere Projekte auch die Frauen erfassen wollen. Schwierigkeiten sah der Referent in verschiedener Hinsicht. Da man sich einig ist, daß nur gemeinnützige Arbeit und auch nur solche zusätzlichen Charakters — die also normalerweise im freien Arbeitsverhältnis nicht ausgeführt werden könnte — geleistet werden darf, dürften nur wenig geeignete Arbeiten zu finden sein. Das Wesen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise besteht ja darin, daß für die zu große Produktion ungenügender Absatz vorhanden ist. Wohin soll man also mit der zu mobilisierenden zusätzlichen Arbeitskraft. Am eindrucksvollsten war aber die Feststellung, daß die einen ganzen Jahrgang — also rund eine Million — umfassende Arbeitsarmee etwa 200 000 Menschen als Angestellte für die Aufgaben

des Unterrichts, der Arbeitsleitung, Organisation, Verwaltung usw. benötigen würde. Finanziell würde dieser Umstand dazu beitragen, daß an Kosten für jeden Arbeitstag sich pro Beschäftigten 18 bis 20 RM. ergeben würden, da ja auch die Aufwendungen für Arbeitsmaterial, Werkzeug, Maschinen usw. zu berücksichtigen sind. Welche wirtschaftlichen Werte gegenüber den aufzubringenden Milliarden erarbeitet werden könnten, ist überhaupt nicht zu berechnen, denn hierzu weiß man nur eins positiv: jede Zwangsarbeit bringt erheblich weniger Ertrag als eine freiwillig geleistete Arbeit.

Die Aussprache ergab eine völlig einmütige Haltung in der Ablehnung des Arbeitsdienst-Gedankens. Für die Gewerkschaften erklärte Kollege Grafmann, daß die Arbeiter die Arbeitsdienstpflicht grundsätzlich ablehnen und die vorliegenden Pläne auf ihre Einführung mit aller Leidenschaftlichkeit bekämpfen. Erst ziemlich zum Schluß der Aussprache bekannte sich Herr Sachsenberg von der Wirtschaftspartei zu dem Antrag seiner Fraktion, ohne eigentlich mehr zu sagen, als man möge doch einen Unterausschuß einsetzen, der vor allem die Kostenfrage durcharbeitet. Demgegenüber wurde von gewerkschaftlicher Seite unter Zustimmung der Arbeitgeber erklärt, daß eine Weiterberatung gar keinen Sinn habe, daß es aber notwendig sei, die Öffentlichkeit ganz eindeutig zu unterrichten. Auch von der Regierung müsse erwartet werden, daß sie klar Stellung nimmt und ihre Stellungnahme bekannt gibt.

Der Leiter der Verhandlungen konnte als Ergebnis nur feststellen, daß der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht abgelehnt werde und daß eine Fortführung der Aussprache nicht in Frage komme.

Anschließend kam das Thema „Freiwilliger Arbeitsdienst“ zur Erörterung, wobei sich ergab, daß jeder etwas anderes darunter versteht. Die Befürworter der Arbeitsdienstpflicht — die in der Mehrzahl die Durchführung ihrer Pläne erst im „Dritten Reich“ für möglich halten — verstehen darunter vorbereitende, versuchsartige Maßnahmen, wie sie seit einigen Jahren z. B. von den Artamanen unternommen werden, um freiwillige Arbeitskräfte für die Landwirtschaft als Ersatz für Ausländer zu gewinnen. Präsident Syrup von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung konnte dabei mitteilen, daß in Verbindung mit diesem sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst der Gedanke ausgesprochen werde, diejenigen, die ein freiwilliges Arbeitsdienstjahr absolviert haben, bevorzugt bei der Arbeitsvermittlung zu behandeln bzw. sie in

Fusel

IV. Erzählung von Anna Mosegaard

Eines Tages, Rückmann hatte gerade wieder einen Straßenauslauf verurteilt, er hatte auf offener Straße eine Wahrfagerin verprügelt, weil sie ihm nicht sagen konnte, wo sein Hut verblieben war. Er war ihm vom Kopf gefallen, und von einem Schuljongen mit dem Fuß fortgeschleudert worden, da war gerade die Karlsruhlägerin, die er gut kannte, weil er sie in seinem Dufel und Aberglauben, der vielen Alkoholikern eigen ist, aufgesucht, aus dem Hause getreten. Und nun wollte sie nicht einmal wissen, wo sein Hut war, und eine Wahrfagerin sein. Naturgetreu wurde dieser Vorgang von den Kindern wiedergegeben. Der Franz selbst markierte den Polizisten, der Rückmann abführte. Da ging ein etwa zwölfjähriger Knabe und sein um zwei Jahre jüngerer Schwesterchen vorüber, die hleiben stehen, sahen der Szene zu, und setzten den Franz zurecht: „Schäm dich Franz, es ist doch dein Vater“, sagte der Knabe.

Erst wollte Franz dem Jungen eins auswischen, da aber sah er, daß es Fritz und Emma Lüders waren, also Hausgenossen. Die Kinder des Zigarrenmachers, der ihm stets Respekt einflößt. Er besann sich kurz, ließ die johlende Rotte im Stich und ging heim mit ihnen. Seit dem Tage machte Franz Rückmann nicht mehr mit. Mochten sie ihn quälen, er verbiß tapfer den Schmerz.

In Fritz Lüders hatte er einen lieben Spielkameraden gefunden. Viele Stunden verbrachte er jetzt bei Lüders.

Wie ganz anders war es da als daheim. Da gabs weder Schnapsflasche noch Bierglas, trotzdem oft Arbeitskollegen von Lüders zu Besuch kamen. Da wurden nicht einmal Karten gespielt. Nur viel gelesen.

Sogar die Kinder hatten ihre Zeitschrift. Und die kleine Emma, wie las sie rein und fließend daraus vor. Franz wurde nie müde, dem kleinen Mädchen zu lauschen. Ein kleines Gedicht „Zuruf“ konnte er nie vergessen. Wie die kleine Emma das auch gesprochen hatte:

Alles kann sich umgestalten!
Mag das dunkle Schicksal walten.
Mutig! Auf der steilen Bahn!
Trau dem Glücke! Trau den Göttern!
Steig trotz Wogendrang und Wettern,
kühn wie Cäsar in den Rahn.

Laß den Schwächling angstvoll zagen!
Wer um Hohes kämpft, muß wagen!
Leben gelt' es oder Tod.
Laß die Woge donnernd branden!
Nur bleib immer, magst du landen
oder scheitern, selbst Pilot!

Allmählich vergaß Franz fast sein Heim mit allen Widernissen; gehörte er doch ganz zur Familie Lüders. Selbst die Mutter schien froh darüber zu sein. Hatte er doch bemerkt, wie die Mutter und Frau Lüders enge Freundschaft geschlossen,

ihren Arbeitsstellen besonders zu sichern. Für die Gewerkschaften lehnte Kollege Maschke solchen Gedanken aufs schärfste ab und betonte, daß es doch völlig unangebracht sei, sich mit irgendwelchen völlig ungeklärten Projekten wie dem freiwilligen Arbeitsdienst zu beschäftigen, wenn es heute nicht einmal möglich sei, die notwendigsten Fürsorgemaßnahmen für die erwerbslosen Jugendlichen, soweit sie noch berufsschulpflichtig sind, durchzuführen, da es überall an Mitteln fehle. Wer für die arbeitslosen Jugendlichen etwas tun wolle, der müsse bei allen verantwortlichen Stellen dafür eintreten, daß die von den Arbeitsrätern, der Jugendpflege, den Berufsschulen und den Organisationen eingeleitete Fürsorge für die erwerbslose Jugend finanziell sichergestellt werde.

Diesen Ausführungen stimmte die Konferenz einmütig zu, so daß sie wenigstens ein positives Ergebnis zu verzeichnen hatte.

Die gewerkschaftliche Organisationsmacht in Deutschland

Nach Karl Marx sind die Gewerkschaften, „ohne daß sie sich dessen bewußt sind, zu Brennpunkten der Organisation der Arbeiterklasse geworden, wie die mittelalterlichen Municipalitäten und Gemeinden es für die Bourgeoisie geworden waren.“ Von diesem Blickpunkt ausgehend, wolkten wir einmal diese gewaltige Massenbewegung und ihre Ausdehnung in Deutschland an Hand des kürzlich erschienenen Jahrbuches der Berufsverbände betrachten. In diesem Jahrbuch, wo die Hunderte von Organisationen der Unternehmer, Arbeiter, Beamten, freien Berufe verzeichnet sind, spiegelt sich das organisatorische Ringen um Macht und Einfluß wider.

Anfang 1929 waren in Deutschland rund 17 Millionen Arbeiter und Angestellte gegen Arbeitslosigkeit versichert. Die Gesamtzahl der in sogenannten Arbeitnehmerverbänden organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten betrug zu der gleichen Zeit rund 9 Millionen. Es entfallen zwei Drittel auf die Arbeiter und der Rest auf Angestellte und Beamte. Gegenüber der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten bedeuten die 7,48 Millionen organisierten Arbeiter und Angestellten 44 v. H. Wenn wir von den übrigen 56 v. H. abziehen, die für eine gewerkschaftliche Organisation nicht in Frage kommen, verbleiben immerhin 35 bis 40 v. H. Hand- und Kopfarbeiter, die keiner gewerkschaftlichen Organisation angehören. Hieraus ist zu ersehen, wie außerordentlich groß das Organisationsfeld der Gewerkschaften noch ist. Ein Rundgang durch den Bau der Gesamtbewegung bestätigt, daß die weitaus größte Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter den freien Gewerkschaften angehören. Dies stellt auch das Jahrbuch mit folgendem Satz fest: „Unter den Organisationsgruppen stehen die freigeberkschaftlichen Arbeiterverbände weitaus voran.“ Umfang und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

Organisiert waren Anfang 1929	Männliche Arbeiter	Weibliche Arbeiter	Insgesamt	von 1000 waren m.	w.
freigewerkschaftlich	4 127 281	789 645	4 866 926	85	15
christlich-national	639 714	124 129	763 843	84	16
freireligiös-national	190 905	13 239	204 144	93	7
kommunist. Richtungen	68 100	3 750	71 850	95	5
wirtschaftsfriedlich selbst. Verbänden	—	—	—	—	—
Zusammen . . .	5 042 124	907 441	5 949 565	85	15

Diese Zusammenstellung zeigt, daß die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen freien Gewerkschaften rund 82 v. H. aller organisierten Arbeiter in sich vereinigen. Sie bilden den Kernpunkt der Arbeiterbewegung überhaupt. Alles, was darum herumkreucht und fleucht, lebt nur von der Demagogie und von den Brosamen, die von dem Tisch der freien Gewerkschaften fallen. Anfang 1930 waren die freien Gewerkschaften auf einen Mitgliederbestand von 4 948 276 angewachsen. Die freie Gewerkschaftsbewegung war in den organisatorischen Hochkonjunkturjahren noch wesentlich stärker. 1921 waren im Organisationsrahmen des ADGB 8 032 000 Arbeiter und Arbeiterinnen vereinigt. Nach der Währungsstabilisierung trennte sich die Spreu von dem Weizen und übrig blieben nur die charakterfesten Elemente innerhalb der Arbeiterschaft. Die Weiblichen machten bei den freien Gewerkschaften 15 v. H. der Mitglieder aus. Von den 907 000 insgesamt organisierten Arbeiterinnen befanden sich 740 000 oder 82 v. H. bei den freien Gewerkschaften. Mit einer Jahreseinnahme wie 1929 mit 251 Millionen war dieser gewaltige Organisationsblock auch finanziell zu einer nicht geringen Macht angewachsen. Das auch die übrigen Einrichtungen der freien Gewerkschaften, durch eine jahrelange Aufbauarbeit geschaffen, auf der Höhe standen, bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Die christlichen Gewerkschaften bilden im Rahmen der gesamten Gewerkschaftsbewegung die nächstfolgende Gruppe. Die Zahl der Organisierten beträgt aber nur ein Sechstel der der freien Gewerkschaften. Daneben ist es noch von Bedeutung, daß sich die christliche Arbeiterbewegung überwiegend auf die katholischen, also auf West- und Süddeutschland, beschränkt. Von den 19 Verbänden haben nur zwei (Metallarbeiter und Bergarbeiter) eine Mitgliederzahl über 100 000. Im Jahre 1928 war eine Gesamteinnahme von 22 Millionen zu verzeichnen. Das ist ungefähr der elfte Teil der Jahreseinnahme, die die freien Gewerkschaften zu verzeichnen haben.

Die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Duncker) bilden die dritte Gruppe der Gesamtbewegung in Deutschland. Anfang 1929 waren hier insgesamt 168 726 Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengeschlossen. Letztere sind bei den Hirschen zahlenmäßig schwach, denn insgesamt sind nur 12 658 weibliche Mitglieder vorhanden. Die Gesamteinnahmen betragen im Jahre 1928 4 098 000. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerksvereine werden in

Zur Lüdersschen Wohnung gehörte unter anderem auch ein kleiner Schweinestall, in dem hatte Fritz Lüders sich eine Kaninchenzucht angelegt. Franz hatte seinen Spaß daran, jedes Kohlblatt, das er auf dem Wochenmarkte fand, jede harte Brotkrinde dem Freunde zu bringen. Als dieser ihm gar behilflich war, einen Kaninchenkasten für sich selbst anzufertigen, und ihm zwei Junge schenkte, kannte seine Freude keine Grenze. In seinem Jubel holte er sogar Vater und Mutter herbei, die sollten seinen Viehbestand besehen.

„Na ja, — nachher gibts 'n fetten Braten“, hatte Rückmann gesagt.

Einen fetten Braten!

Daran hatte Franz nun nicht gedacht, daß die kleinen lieben Dinger einmal unter dem Messer enden sollten. Aber dazu waren sie ja wohl da.

Und Franz suchte die ganze Umgegend ab nach fastigem Grünfutter. Kein Weg war ihm zu weit, namentlich wenn Fritz und Emma Lüders mitgingen. Seine Kaninchen fraßen gut, wuchsen und setzten Fett an, daß es eine Lust war. Die Zeit verging. Schon spann der Altweibersommer seine weißen Fäden, Franz konnte es nicht übers Herz bringen, seine Lieblinge zu schlachten; obwohl der Vater verschiedentlich davon gesprochen hatte. Mit der Zeit schien Rückmann jedoch die Tiere ganz vergessen zu haben; so wenigstens dachte Franz. Mit Schrecken sah der Knabe, daß es mit dem Vater immer mehr bergab ging. Schon zweimal hatte man ihn von der Straße, wo er bewußtlos zusammengebrochen, nach dem Stechenhaus gebracht. Soike Tränen hatte die Mutter darüber vergossen

Eines Tages war Franz Zeuge eines Zwiegesprächs zwischen seiner Mutter und Frau Lüders. In Lüders Küche schüttete die Mutter der Freundin ihr Herz aus. Die Tür stand ein Stück offen, so verstand Franz jedes Wort.

„Ich weiß wahrhaftig auch nicht mehr, was da zu machen wäre. Ein Jammer ist das, liebe Frau Rückmann“, — — hörte Franz Frau Lüders sagen. Darauf die Mutter: „Ja, die Köpelpeln, die hat gut reden von davonlaufen. Wir sind doch nun einmal verheiratet, und dann“, — Frau Rückmanns Stimme hatte merklich gezittert — — „Ich hab ihn doch einmal lieb gehabt, den Vater meines Bubens. Das Beste war schon, man ginge hin, wo das Wasser am tiefsten ist.“ — — —

Dem Franz wurde siedend heiß.

Wie, wenn die Mutter dies Wort wahr machte! Wenn sie von ihm — ins Wasser ginge! Die schwärzesten Gedanken durchquerten des Kindes aufgeregtes Hirn.

Wenn die Mutter das tat! — — Dann — — dann — — er mochte es gar nicht ausdenken, und bekam auch keine Zeit dazu. Die Mutter trat heraus, und versuchte zu lächeln, als sie den Bubens gewährte. „Da bist du ja, Franz, geh gleich mal rüber zum Schlachter und hole ein halbes Pfund Karbonade für den Vater.“

Franz gehorchte. Aber so tief war er in Gedanken versunken, daß er fast vergaß, was er holen sollte. Doch, nun als die Laden-tür klingelte, mußte ers: „Ein halbes Pfund Karbonade für den Vater“, jagte er mechanisch.

Deutschland niemals wieder zu einer ausschlaggebenden Bedeutung gelangen. Wenn Erkelenz und andere Führer der Gewerksvereine sich der Sozialdemokratie anschließen, dann sollten auch die von ihnen betreuten gewerkschaftlichen Organisationen nachfolgen und den Weg zum ADGB finden.

Das Jahrbuch der Berufsverbände verzeichnet als vierte Gruppe die Arbeiterverbände kommunistischer Richtung. Insgesamt wird hier eine Mitgliederzahl von 68 100 angegeben. Einbegriffen in diese Gruppe sind die Syndikalisten, die revolutionären Industrieverbände, die Arbeiter-Unionen usw. Nach dem Studium dieses betreffenden Abschnitts des Jahrbuches ist man genau so schlau wie vorher. Man vermag kein einheitliches Bild über die „revolutionären“ Organisationsrichtungen zu erhalten.

In noch größerem Maße gilt dies von der sogenannten „wirtschaftsfriedlichen“ Gewerkschaftsbewegung. Selbst das objektive „Jahrbuch“ schreibt hierüber: „Für die Gruppe der Werks- und Betriebsgemeinschaften erstrebenden wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereinigungen besteht kein sicherer Anhalt dafür, welche Ausdehnung sie unter der Arbeiterschaft erreicht haben. Auf Tagungen genannte Zahlen sind in der Öffentlichkeit angezweifelt worden. Dem Statistischen Reichsamt haben die Verbandsleitungen bei der Umfrage keinerlei Angaben gemacht, nachdem bei der vorhergehenden Umfrage teils darauf hingewiesen worden war, daß wegen Umbildung innerhalb der Organisation Angaben zurzeit nicht gemacht werden könnten.“ Jedenfalls ist sicher, daß sich an dem gelben Charakter dieser Bewegung nichts geändert hat. Es bestehen eine Reihe Spitzenorganisationen, die sich teilweise hart befehlen, aber doch nach längeren Einigungsverhandlungen im Juni vorigen Jahres zu der Gründung des Hauptausschusses der nationalen Industriearbeiterverbände kamen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß durch eventuelle Gewerkschaftsgründungen der Nationalsozialisten diese Bewegung einen neuen Ansporn erhält. Trotzdem man manchmal an dem gesunden Geist weiter Schichten der Arbeiterschaft zweifeln möchte, so sind wir doch der Ueberzeugung, daß die Gelben es niemals zu einer ausschlaggebenden Stellung im Gewerkschaftsleben bringen werden.

Die Gewerkschaftsbewegung hat in Deutschland in der Nachkriegszeit eine Beachtung gefunden, wie es vorher niemals der Fall war. Deshalb auch die Feindschaft gegen diese Massenorganisationen des Proletariats. Diese zahlreiche Gegnerschaft kann den freien Gewerkschaften nur zur Ehre gereichen. Die Gewerkschaften sind und bleiben ein Teil der modernen Wirtschaft. Dies hat bereits Staatssekretär Desbrück, ein Minister des kaiserlichen Deutschland, mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht: „Man hat vielfach die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften verkannt, während tatsächlich nach meiner festen Ueberzeugung die Gewerkschaften wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben nicht mehr denkbar ist.“ Möge die sozialistische Arbeiterschaft ihrer Gewerkschaftsbewegung die Liebe entgegenbringen, die sie ver-

dient. In Zeiten wirtschaftlicher Katastrophen können diese keine Riesenerfolge bringen, aber gerade dann erweisen sie sich als ein Damm, der die Fluten der Reaktion in ihren Schranken hält.

Die Entwicklung der Arbeitslosenversicherung

Die ungeheure Krise der Arbeitslosigkeit hat nach den Berechnungen des Internationalen Arbeitsamts in den wichtigsten Industrieländern der Welt etwa 15 Millionen Arbeiter erfaßt. Mit ihren Angehörigen sind dies mehr als 60 Millionen Menschen, die dadurch in eine schwere wirtschaftliche Notlage versetzt sind. Welches auch die Maßnahmen sein mögen, die national oder international zur Bekämpfung dieses Übels angewandt werden, in keinem Falle kann auf eine wirksame Unterstützung der ohne ihre Schuld in Bedrängnis geratenen Millionen von Arbeitern verzichtet werden. Die 1. Internationale Arbeitskonferenz in Washington hat schon im Jahre 1919 eine Entschließung zur Förderung der Arbeitslosenversicherung in verschiedenen Ländern angenommen. Die Zahl der von der Arbeitslosenversicherung erfaßten Personen belief sich damals auf etwa 5 Millionen, von denen allein etwa 3,7 Millionen auf Großbritannien entfielen. Heute unterliegen etwa 47,5 Millionen Arbeiter in den verschiedenen Ländern der Welt der Versicherung.

Nachstehende Uebersicht zeigt die einer Zwangsversicherung unterliegenden Länder und Versicherten:

Land	Zahl der Versicherten
Deutschland	16 738 000
Australien: Queensland	137 000
Oesterreich	1 300 000
Bulgarien	287 000
Großbritannien und Nordirland	12 100 000
Freistaat Irland	284 000
Italien	2 600 000
Polen	1 033 000
Schweiz (9 Kantone)	150 000
Rußland	10 000 000
Insgesamt:	44 629 000

Eine freiwillige Versicherung besteht in folgenden Ländern:

Land	Zahl der Versicherten
Belgien	628 000
Dänemark	288 000
Finnland	—
Frankreich	200 000
Norwegen	43 000
Niederlande	888 000
Schweiz (14 Kantone)	165 000
Tschechoslowakei	1 129 000
Insgesamt:	2 841 000

Ein fettes Weib, mit einem schmierigen Rinde auf dem Arm, schlug eine häßliche Lache auf: „Ein halbes Pfund Karbonade“, das fehlt ihm noch, dem Söffel dem!“ Die Schlächtersfrau, eine würdige alte Dame, würdigte das Weib mit keinem Blicke. Sie wickelte die Karbonade in ein Stück Pergamentpapier, schlug zur Vorsicht noch eine Zeitung darum, und steckte Franz eine Scheibe der besten Zervelatwurst in den Mund. Franz ging beschämt, verbittert hinaus, den Blick stier auf das Einschlagpapier geheftet. Da fiel ihm das Bildnis einer Frau in die Augen, darüber vergaß er fast die häßlichen Worte der Alten. Wißbegierig, Isehnungrig, wie er nun einmal war, las er die untenstehende Beschreibung:

Schreiben Sie dieser Frau, wenn Sie einem Manne das Trinken abgewöhnen wollen!

Sie verlangt nichts für ihre Hilfe, und es ist darum kein Grund vorhanden, warum Sie nicht sofort an sie schreiben sollten. Natürlich erwartet sie, daß Sie ein persönliches Interesse daran haben, jemand von der Trunksucht befreit zu sehen und nicht etwa aus bloßer Neugierde anfragen. Die Methode kann an dem Trinker unbemerkt angewandt werden.

Schicken Sie Ihren Brief vertrauensvoll an ihre Adresse:

Frau Elisabeth Petersen

Berlin SO.

2 . . . straÙe 45

Die Karbonade wäre ihm bald entfallen, so zitterten seine

Hände. Das war ja Hilfe, Rettung für den Vater! Hilfe auch für die Mutter!

Wenn der Vater nicht mehr trank, würde die Mutter nie mehr daran denken, sich das Leben zu nehmen. Spornstreichs rannte er heim, legte die Karbonade nur mit dem Pergamentpapier umwickelt in die Küche, entnahm seiner Sparbüchse einen Fünfer und rannte davon, hin zum Postamt. Die Mutter sollte noch nichts davon wissen, nein niemand, niemand. Sein Geheimnis sollte das bleiben. Wenn der Vater erst geheilt war, dann sollten sie es alle erfahren, wer ihm dazu verholfen hatte.

In herediten Worten klagte Franz der Dame seine Not und bat um Hilfe. So, nun war die Karte auf der Reise nach Berlin.

In fieberhafter Ungeduld verbrachte er die nächsten Tage. Würde die Frau ihn erhören!

Wirklich, schon am dritten Tage gab die Klöppeln ihm einen Brief. „Da Franz, für den Vater.“ Er war aber adressiert an Franz Rückmann. Also an ihn.

Die Dame schrieb, daß sie gerne bereit sei, ihm zu helfen; sie nähme zwar nichts für ihre Mühe, doch müsse er 3,50 Mark einschicken für die Medizin, die sie ihm hierauf zustunden werde. Eigentlich koste die Flasche ja sieben Mark, ihm aber werde sie es für die Hälfte lassen.

Franz sann hin und her. 3,50 Mark. In seiner Sparbüchse waren nur noch 24 Pfennig. Sm. Fatal! Da kam ihm ein rettender Gedanke. Die Kaninchen! Die würde er verkaufen. Wenn der Vater erst nicht mehr trank, wollte er es der Mutter sagen und sie um Geld bitten; damit er wieder welche kaufen könne,

Vorübergehende Aenderung der Schlichtungsordnung

Auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung hat der Reichspräsident unterm 9. Januar 1931 folgende Verordnung über die Beilegung von Schlichtungsstreitigkeiten öffentlichen Interesses herausgegeben:

Bestellt der Reichsarbeitsminister in den Fällen des § 12 Absatz 3 der Verordnung zur Ausführung der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 29. Dezember 1923 (Reichsgesetzblatt 1924 I S. 9) einen besonderen Schlichter zur Durchführung eines neuen Schlichtungsverfahrens, weil er ein solches im öffentlichen Interesse für erforderlich hält, so hat der Schlichter auf Anordnung des Reichsarbeitsministers zur Bildung der Schlichtungskammer außer den Beisitzern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zwei unparteiische Beisitzer zu berufen. Ist bei der Verhandlung oder bei der Abstimmung der Schlichtungskammer die Mitwirkung sämtlicher Beisitzer der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer oder eine Stimmenmehrheit nach der Feststellung des Vorsitzenden nicht zu erzielen, so haben der Schlichter und die beiden unparteiischen Beisitzer den Schlichterspruch im Sinne der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 (Reichsgesetzblatt I S. 1043) mit Stimmenmehrheit abzugeben.

Die Anordnung nach Absatz 1 setzt voraus, daß sie im Staatsinteresse dringend erforderlich erscheint. Hierüber hat der Reichsarbeitsminister die Entscheidung der Reichsregierung herbeizuführen.

Die zur Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Vorschriften erläßt der Reichsarbeitsminister.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft und mit dem 31. Juli 1931 außer Kraft.

Die Wirtschaftsdemokratie im „Dritten Reich“

Im Rundfunk wurde jüngst eine für die Hakenkreuzler blamable Debatte zwischen dem Sozialisten Dr. Röltling (Frankfurt) und dem nationalsozialistischen Wirtschaftstheoretiker Gottfried Feder geführt. Klaren Fragen seitens Röltlings vermochte Feder geschickt auszuweichen, indem er sich in irgendwelche nationalen Phrasen hüllte. Recht interessant sind folgende Feststellungen, die Dr. Röltling über die Ansicht der Nationalsozialisten bezüglich der Wirtschaftsdemokratie und der Betriebsräte in einem Artikel des „Vorwärts“ macht:

Wie die Nationalsozialisten weiter in ihrem Firmenschild die Bezeichnung „Arbeiter-Partei“ führen wollen, bleibt ihnen überlassen. Wirtschaftsdemokratie, das Verlangen der Arbeiterschaft nach gleichberechtigter Anteilnahme an der Wirtschaftsführung, ist „Geschwätz“ und „Aufwühlung trübster Schlammfluten anrüchiger Bruchmoral“. Betriebsräte sind ebenso wie Versicherungsbeamte „entbehrliche Personen“, die nur eine Belastung der Betriebe mit unproduktiven Elementen darstellen. Die Gewährung eines Existenzminimums und einer „uferlosen Arbeitslosenversicherung“ wird von ihnen abgelehnt, wobei

Gesagt, getan. Als es dunkelte, packte Franz seine Lieblinge in einen Spankorb, hing eine Decke darüber und ging auf den Handel. Er brachte die fetten, wohlgepflegten Tiere bald an den Mann und schickte den Betrag sofort ab.

Es dauerte gar nicht lange, und die Medizin kam. Auf der Anweisung stand es, man sollte die Flüssigkeit dem Trinker in das Bier oder in den Schnaps gießen, die Wirkung erfolge sofort. Das war nun gar keine Schwierigkeit für den Franz. Des Vaters Schnapsflasche, eine große Bierflasche voll, stand ja immer hinterm Schrank in der Stube. Da sie noch ziemlich voll war, goß er den ganzen Inhalt auf einmal hinein, die leere Medizinflasche vergrub er in der Aschengrube.

Gespannt wartete er auf die Wirkung. In kaum zwei Tagen war die Flasche geleert. Der Vater mußte sich des öfteren übergeben, und schimpfte mit der Mutter darüber, sie habe da wohl Gott weiß was zusammengemacht. Franz zitterte, daß er etwa dahinter kommen möge. Aber es geschah nichts weiter. Karl Rückmann trank nach wie vor.

Also alles vergebens. Dazu die Angst um die verschwundenen Kaninchen.

Wenn man das entdeckte. Franz fürchtete den Spott viel mehr denn die Strafe. Notlügen hatte er schon wegen dieser Geschichte machen müssen. Es raubte ihm fast den Schlaf. Tag und Nacht grübelte er darüber nach, wie er es machen könne, seine Tat zu verwischen. In der Schule wurde er jetzt täglich getabelt wegen seiner Unaufmerksamkeit. Ach, was quälten den Franz alle Propheten, wenn ihm doch keiner helfen konnte aus seiner Not.

wohl die befreundeten Schwerindustrieellen zu entschalten haben, wo die Arbeiterfrage anfängt. Strafs sind, wie wir aus der nationalsozialistischen Literatur wissen, im Dritten Reich verboten, in den „Incorporierten“ Gewerkschaften werden Unternehmer und Arbeiter gemeinsam ihren Platz finden, damit Wölfe und Schafe gleich im selben Pfertch hübsch beisammen sind. Konsumvereine sind durch Sondersteuer abzuwürgen, damit nur die Lebenshaltung der Massen keine Erleichterung erfährt.“

Und so etwas nennt sich „Arbeiter-Partei“ und Arbeiter gibt es, die einer solchen Partei Gefolgschaft leisten. Es ist ein Jammer, der nur durch gründliche und unermüdete Aufklärungsarbeit behoben werden kann.

Die soziale Lage des Kindes

Die bekannte italienische Erzieherin Maria Montessori sprach kürzlich in der Berliner Universität über die Lage des Kindes und anschließend daran über Erziehungsfragen. Frau Montessori hob hervor, daß nicht der Erwachsene das Kind formt, vielmehr das Kind sich selbst durch eigene Aktivität. Die Erwachsenen könnten zur Entwicklung des Kindes viel beitragen, wenn sie ihm eine Umgebung schaffen, die der Entwicklung förderlich ist. Im wesentlichen führte die Vortragende weiter aus: Wir Erwachsenen tun in der Regel das Gegenteil und zwingen das Kind vielmehr in unsere von der Natur abgewandte Umgebung hinein, wir hindern geradezu seine natürliche Entwicklung, indem wir es nicht nach seiner Eigenart spielen und arbeiten lassen, sondern ihm immer den Stempel unseres Willens aufdrücken. Der Erwachsene sieht gewissermaßen im Kinde seinen Sklaven, der seinen Wünschen folgen muß; er behandelt es von vornherein als minderwertig. Diese falsche Einstellung hemmt das Kind, anstatt es zu fördern. Der eigene Wille des Kindes wird gelähmt, während er an kindgemäßen Beschäftigungen erstarken sollte. Man kann ein Kind nicht zum Verantwortungsgefühl bringen, wenn man ihm nicht die Verfügung über seine Zeit gibt und ihm die Freiheit der Betätigung gewährt. Vor unsern Augen, fast sozusagen gegen uns, lernt das Kind seine Kraft gebrauchen, seine Begriffe zu bilden, seine Intelligenz zu formen. Und wenn es unter unendlichen Anstrengungen und Leiden, die ein Erwachsener kaum ahnen kann, seine Arbeit an sich vollendet hat, ist es selber erwachsen und hat schon vergessen, wie es als Kind fühlte.



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschl. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiche 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Runnfedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. — Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

So kam Weihnachten heran; und immer hatten weder Vater noch Mutter, oder Fritz noch Emma Lüders gemerkt, daß sein Kaninkasten leer war. Freilich ahnte er täglich das Futterntäuschend nach.

Am Vorabend des großen Festes, Mutter scheuerte gerade die Treppe, kam Rückmann wie gewöhnlich mit einem großen Affen heim, und verlangte brüllend sein Abendessen. Sie legte ihm Brot und Käse vor, er schob es verächtlich zurück; ob das ein Weihnachtschmaus sei.

„Aber Karl, morgen ist ja doch erst Festtag.“ „Mir gleich, ich verlange heute meinen Braten, wie ichs gewohnt bin!“

Karl Rückmann war Schleswig-Holsteiner, daheim in seiner Vaterstadt wurde der Sitte gewöhrt der Vorabend des Weihnachtsfestes, der Heilige Abend als Haupttag bei Schweinebraten, Reisgrütze, Rotkohl und Backpflaumen gefeiert.

Minna Rückmann holte ihn beschwichtigend noch etwas Wurst herbei: „So, nun ist man! Morgen koche ich dir eine kräftige Fleischbrühe; die ist vorteilhafter denn Schweinebraten.“

„Ich bin keine Rindbetterin! Behalt deine Brühe! Meinen Braten will ich!“ brüllte er.

„Gott Mann, das Fleisch ist ja so wahnsinnig teuer! Nimm doch ein bißchen Vernunft an!“

„Meinen Braten will ich! Wirds bald!“ „Ich hab kein Geld! Schaff du was!“ „Kein Geld! hm, kein Geld für mich. Verstehe schon.“

(Schluß folgt)